

Rosenschon, Astrid

Working Paper

Finanzhilfen der Bundesländer in den Jahren 2000 - 2004: Eine empirische Analyse

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 422

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy (IfW)

Suggested Citation: Rosenschon, Astrid (2005) : Finanzhilfen der Bundesländer in den Jahren 2000 - 2004: Eine empirische Analyse, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 422, Kiel Institute for the World Economy (IfW), Kiel

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/3676>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Finanzhilfen der Bundesländer in den Jahren 2000–2004: Eine empirische Analyse

Astrid Rosenschon

- Die Finanzhilfen der Bundesländer und ihrer Gemeinden erreichten im Jahr 2004 einen Umfang von 58,6 Mrd. Euro, bei erweiterter Abgrenzung sogar 64,3 Mrd. Euro. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind dies 2,7 bzw. knapp 3 Prozent. Gemessen an den gesamten Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden betragen die Finanzhilfen 28,9 bzw. 31,7 Prozent.
- Seit 2000 haben die Finanzhilfen um 1,4 bzw. 0,8 Mrd. Euro abgenommen. Während der Subventionsabbau in den alten Flächenländern, die eine relativ niedrige Subventionsquote aufweisen, eher zäh verlaufen ist (2000: 2,5 Prozent im Verhältnis zum BIP, 2004: 2,4 Prozent), kommen die neuen Flächenländer von hohem Niveau aus zügig voran (von 7,4 Prozent im Jahr 2000 auf 6,1 Prozent im Jahr 2004).
- Im neunzehnten Subventionsbericht der Bundesregierung wird für das Jahr 2003 ein Finanzhilfenvolumen der Länder und ihrer Gemeinden in Höhe von 12,9 Mrd. Euro ausgewiesen. Damit wird nur rund ein Fünftel des hier errechneten Finanzhilfenvolumens erfasst.
- Bei einem interregionalen Vergleich ist aufgrund von Informationslücken Vorsicht geboten. Diese betreffen nicht dokumentierte Schattenhaushalte und nicht erfassbare Preis-subsidien und können bewirken, dass das hier ausgewiesene Ranking vom tatsächlichen abweicht.
- Unter den alten Flächenländern hatte im Zeitraum 2000–2004 Schleswig-Holstein die niedrigsten Finanzhilfen je Einwohner, gefolgt von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Die meisten Finanzhilfen – bezogen auf die Einwohner – haben Bayern, Baden-Württemberg und Hessen vergeben, wobei der Rang davon abhängt, ob man die enge oder die weite Abgrenzung zugrunde legt. Unter den neuen Bundesländern hat Sachsen die niedrigsten Finanzhilfen je Einwohner gezahlt, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern. Von den Stadtstaaten leistete Berlin die höchsten Finanzhilfen, Hamburg die niedrigsten.

Dr. Astrid Rosenschon, Institut für Weltwirtschaft, 24100 Kiel,
Telefon: +49/431/8814-488, Fax: +49/431/8814-502,
E-Mail: A.Rosenschon@ifw.uni-kiel.de

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft, 24100 Kiel,
Telefon: +49/431/8814-1,
Website: <http://www.ifw-kiel.de>

Schriftleitung:

Prof. Dr. Harmen Lehment,
Tel: +49/431/8814-232,
E-Mail: Lehment@ifw-kiel.de

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

<http://www.ddb.de>

ISSN 0455-0420

ISBN 3-89456-272-2

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2005.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Inhalt

1	Problemstellung	3
2	Methodischer Vorspann	3
2.1	Zum Subventionsbegriff	3
2.2	Zum Subventionsbegriff in den Subventionsberichten der Bundesregierung	8
2.3	Subventionsberichterstattung der Länder	9
3	Bemerkungen zur Aufbereitung der Daten	9
3.1	Informationsquellen	9
3.2	Überprüfung durch die Bundesländer	11
3.3	Zur Gliederung der Daten	11
4	Empirische Bestandsaufnahme	12
4.1	Vorspann: Integration der Gemeindeebene für Vergleich der Länderdaten nötig	12
4.2	Zur Entwicklung der Finanzhilfen der Länder und Gemeinden in der Abgrenzung der vorliegenden Studie	15
4.3	Vergleich mit den Finanzhilfen der Länder und Gemeinden im Subventionsbericht der Bundesregierung	16
4.4	Vergleich mit den Finanzhilfen der Länder in den Subventionsberichten der Länder	17
4.5	Finanzhilfen nach Bundesländern	18
4.6	Finanzhilfen nach Sektoren	23
4.7	Zum Zusammenhang zwischen der regionalen Subventionsneigung und der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts	31
5	Abschließende Bemerkungen	32
	Anhang	33
	Literaturverzeichnis	51

Die Autorin dankt Alfred Boss für wertvolle Anregungen.

1 Problemstellung

Die angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist Anlass, die Subventionen von Zeit zu Zeit zu ermitteln und mit den Daten in amtlichen Berichtswerken zu vergleichen. So lassen sich zusätzliche Sparpotentiale finden. Der vorliegende Beitrag widmet sich den Finanzhilfen, die auf der Ebene der einzelnen Bundesländer und ihrer Kommunen gezahlt werden. Letztmals ist vor drei Jahren darüber berichtet worden (Rosenschon 2002).

Der Bestandsaufnahme wird die Subventionsdefinition, die der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt, vorangestellt, und es wird auch danach gefragt, welche Veränderungen sich gegenüber dem letzten Bericht ergeben haben. Ferner wird erörtert, welche Finanzhilfen der Länder und Gemeinden vermutlich ausgegrenzt werden, wenn die Länder für die amtliche Subventionsberichterstattung Daten an den Bund melden, die den Abgrenzungskriterien der Subventionsberichte der Bundesregierung entsprechen. Im Anschluss werden Bemerkungen zu den ländereigenen Subventionsberichten gemacht. Schließlich werden Informationen zur Aufbereitung der Daten präsentiert.

Im empirischen Teil wird die Entwicklung der Finanzhilfen der Länder und ihrer Gemeinden in der hier gewählten Abgrenzung skizziert und mit den im Subventionsbericht der Bundesregierung veröffentlichten Daten verglichen. Es folgt ein Vergleich der Finanzhilfen der Länder (ohne Gemeindeebene) mit den Daten, die den Subventionsberichten der Länder zu entnehmen sind. Es schließt sich ein „Länderranking“ an, wobei die regionalisierten Finanzhilfen je Einwohner, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und in Prozent der Staatsausgaben miteinander verglichen werden. Dann erfolgt die Untersuchung der Finanzhilfen nach Sektoren bzw. subventionspolitischen Zielen. Die Untersuchung wird abgerundet durch Überlegungen zum Zusammenhang zwischen der regionalen Subventionsneigung und der Wachstumsrate des BIP sowie durch abschließende Bemerkungen.

2 Methodischer Vorspann

2.1 Zum Subventionsbegriff

2.1.1 Allgemeines

Subventionen sind Finanzhilfen des Staates oder Steuervergünstigungen, die die Allokation der Ressourcen verzerren.¹ Subventionen zielen typischerweise auf Unternehmen und andere Produzenten von Gütern und Dienstleistungen ab. Daneben gibt es „staatliche Leistungen, die privaten Haushalten mit dem Ziel einer Verbilligung bestimmter Güter gewährt werden. Solche Zuwendungen wirken ebenfalls auf die betreffenden Wirtschaftszweige und sind damit letztlich direkten Zahlungen an Unternehmen vergleichbar. Ein Beispiel ist die Eigenheimzulage“ (Deutsche Bundesbank 2000: 16–17).

Werden die Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zugrunde gelegt (Statistisches Bundesamt 2003), so zählen zum Kreis potentieller Subventionsempfänger zum einen die „Kapitalgesellschaften“, zu denen auch Personengesellschaften und rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe des Staates wie z.B. Krankenhäuser gehören, sowie diejenigen privaten Haushalte, die auch als Produzenten handeln; dies sind selbstständige Landwirte, Einzelunternehmer, Händler, Gastwirte, selbstständige Verkehrsunternehmer, selbstständige Versicherungsvertreter, „Freiberufler“ etc. Zum anderen zählen zu den potentiellen Empfängern von Subventionen die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der Staat, soweit dieser private Güter und Dienstleistungen erstellt bzw. bereitstellt, obwohl dies nicht nötig ist, weil es ökonomische Gründe für ein staatliches Angebot nicht gibt.

Im Folgenden wird die Abgrenzung der Finanzhilfen erläutert, die der vorliegenden Arbeit zugrunde liegt.

¹ Daneben gibt es Preissubventionen, die in den öffentlichen Haushalten nicht dokumentiert werden und somit bei der Subventionsermittlung nicht berücksichtigt werden können. Ein Beispiel ist der Verkauf eines kommunalen Grundstücks zu einem Preis unterhalb des Marktpreises; eine „unsichtbare“ Ausgabensubvention liegt vor, wenn der Staat bei Vorleistungskäufen einen höheren Preis als den Marktpreis zahlt. Zur Definition der Subventionen vgl. auch Andel (1998).

2.1.2 Finanzhilfen

Wichtig bei der Zuordnung einer Staatsausgabe in die Kategorien „Subvention“ oder „Nichtsubvention“ ist die Antwort auf die Frage, ob sich der Staat in Aufgaben einmischt, die originär marktwirtschaftlich sind, oder ob er klassische Staatsaufgaben wahrnimmt. Referenzsystem für die Klassifikation ist also die Lehre von den privaten und von den öffentlichen Gütern (Blankart 2003). Ein öffentliches Gut ist charakterisiert durch Nichtrivalität im Konsum und durch Nichtausschließbarkeit zahlungsunwilliger Konsumenten, ein privates Gut durch Konsumrivalität und Ausschließbarkeit über Preise. Das entscheidende Kriterium ist letztlich die Ausschließbarkeit. So ist ein Theaterstück über Preise finanzierbar und kann deshalb privat angeboten werden, wengleich es als Klubgut innerhalb der Kapazitätsgrenzen gemeinsam genutzt werden kann, also Eigenschaften eines öffentlichen Gutes besitzt. Die Nichtrivalität des Konsums ist mithin ein notwendiges, aber kein hinreichendes Kriterium dafür, dass ein Gut vom Staat angeboten werden muss; Nichtausschließbarkeit muss hinzukommen.

Dienen Steuergelder der Bereitstellung eines öffentlichen Gutes, so kann nicht von Subventionierung gesprochen werden, vielmehr handelt es sich um die Finanzierung einer klassischen Staatsaufgabe. Werden hingegen Steuern für die Versorgung mit privat angebotenen Gütern bzw. mit solchen Gütern eingesetzt, die vom Staat bereitgestellt werden, aber ohne weiteres privat angeboten werden könnten, so wird eine Subvention diagnostiziert. Wichtig ist, dass Subventionen nicht nur dann vorliegen können, wenn Güter im Unternehmenssektor im eigentlichen Sinne erzeugt werden, sondern auch dann, wenn sie vom Staat oder von Organisationen ohne Erwerbszweck erstellt werden.

Die Klassifikation als Subvention oder Nichtsubvention ist in einer bipolaren Güterwelt einfach. Doch gibt es in der Realität Mischformen, weil privatwirtschaftliche Aktivitäten mit externen Effekten verknüpft sind. Stiftet ein Produktionszweig externe volkswirtschaftliche Vorteile, kann die Verwendung von Steuergeldern zur Abgeltung dieser Vorteile angebracht sein; ein Bei-

spiel ist der Einsatz öffentlicher Mittel in der Grundlagenforschung. Eine den Ressourceneinsatz verzerrende Subvention liegt dann nicht vor. Freilich vermag niemand exakt zu beurteilen, wie hoch der Ausgleichsbetrag sein muss, um die Beeinträchtigung des individuellen Rentabilitätskalküls durch das Auftreten externer Vorteile wettzumachen. Die Klassifikation in Subvention oder Nichtsubvention ist offenbar nicht immer unproblematisch.

Ob eine finanzpolitische Maßnahme als Subvention gewertet wird oder nicht, hängt ferner von der Art der resultierenden Umverteilung ab. Wenn beispielsweise Bedürftige in den Genuss von Fürsorgeleistungen kommen, dann macht es keinen Sinn, die eingesetzten Steuergelder als Subventionen zu bezeichnen. Aktivitäten im Bereich der Caritas oder der Überlebenshilfe für Problemgruppen zählen daher nicht zu denen, die eine Subventionierung bedeuten. Wenn aber Leistungen vorliegen, von denen potentiell jeder Bürger profitiert, dann sind Subventionen zu diagnostizieren, sofern die Allokation verzerrt wird. Beispiele sind Zuschüsse an Krankenhäuser und an Theater. Freilich ist die Grenze zwischen einer Sozialpolitik für hilfsbedürftige Individuen und einer Sozialpolitik für breite Bevölkerungsgruppen, bei der letztlich von der einen in die andere Tasche umverteilt wird, fließend. So ist es nicht klar, welcher Kategorie die Ausgleichszahlungen an Verkehrsbetriebe für den unentgeltlichen Transport Schwerbehinderter zugeordnet werden müssen. Es zeigt sich erneut, dass eine zweifelsfreie Abgrenzung der Subventionen nicht immer möglich ist.

2.1.3 Abgrenzung der Finanzhilfen gegenüber Ausgaben des Staates für allokativ begründete Maßnahmen

Liegen externe volkswirtschaftliche Vorteile vor, so kann Bezuschussung sinnvoll sein, weil sie die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt steigert. Eine Subvention liegt dann nicht vor. In dieser Arbeit wird nicht im Einzelnen der Frage nachgegangen, ob eine Finanzhilfe (oder Steuervergünstigung) allokativ, etwa im Rahmen der Technologieförderung, begründet ist (vgl. hierzu Klodt 1995). Es wird vielmehr unterstellt, dass eine Be-

gründung nicht vorliegt, weil der Staat über die – als Basis für eine entsprechende Politik – nötigen Informationen nicht verfügt. Dieses Vorgehen ist zwar problematisch, letztlich aber akzeptabel, weil bei der Subventionserfassung – abweichend vom eben beschriebenen Prinzip – der Einsatz von öffentlichen Mitteln im Ausbildungssektor oder in der Grundlagenforschung, also in den Bereichen, in denen externe Effekte vermutlich wichtig sind, nicht einbezogen wird.²

Die Mittel zur Förderung des Schul- und Hochschulwesens werden demnach nicht als Subventionen erfasst. Ausgespart bleiben auch die Zuschüsse an komplementäre Einrichtungen wie z.B. Studentenwerke, Studentenheime und Hochschul-Bibliotheken sowie die Zuschüsse an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie z.B. die Max-Planck-Institute. Auch die Ausgaben für die Schülerbeförderung bleiben außen vor.

Einbezogen werden hingegen Zuschüsse an eher als konsumtiv einzustufende Zweige des Bildungs- und Kultursektors wie z.B. Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, Theater und Museen. Kulturpolitische Ziele einer Subventionierung solcher Institutionen können keinen Ausnahmetatbestand begründen. Das Urteil, dass sich solche Kulturgüter einer ökonomischen Bewertung entziehen, weil sie gewissermaßen „höherwertig“ seien, ist allerdings weit verbreitet. Nicht zu den Subventionen gezählt werden hingegen Ausgaben für nationales Kulturerbe.³ Beispiele für solche öffentlichen Kulturausgaben sind etwa Leistungen zugunsten des Wiederaufbaus der Frauenkirche in Dresden oder Zuweisungen an die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“.

Erfasst werden auch die Zuschüsse für unternehmensspezifische Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie für die anwendungsorientierte

Forschung in Unternehmen. Denn hier fallen die Investitionserträge weitgehend beim Begünstigten an; eine erhebliche Beeinträchtigung des individuellen Rentabilitätskalküls durch das Auftreten externer Effekte liegt also nicht vor.

Schwierig ist die Einordnung der (beträchtlichen) Mittel, die dem öffentlichen Verkehr zufließen (vgl. hierzu Laaser und Rosenschon 2001). Oft wird argumentiert, sie dürften nicht zu den Subventionen gezählt werden, weil volkswirtschaftliche Vorteile damit verbunden seien; es werde Nachfrage vom Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr umgelenkt, womit eine geringere Belastung der Umwelt einhergehe. In der vorliegenden Arbeit werden die Mittel zur Förderung des öffentlichen Verkehrs gleichwohl aus zwei Gründen als Subventionen erfasst. Erstens: Wird die Verminderung des Schadstoffausstoßes bezweckt, so liegt die Wahl eines Instruments nahe, das unmittelbar am Ausstoß ansetzt; das Ziel lässt sich dann besser erreichen als bei Anwendung mittelbarer Instrumente. Zweitens: Eine Nachfrageumlenkung setzt eine Weitergabe des Subventionsvorteils an die Nachfrager in Form niedrigerer Preise voraus; wahrscheinlich werden aber die Fördermittel durch die Anbieter der öffentlichen Verkehrsleistungen aufgrund ihrer vielfach wenig umkämpften Marktposition abgeschöpft. Neben den eigenen Finanzhilfen der Länder für den öffentlichen Verkehr werden auch die den Ländern vom Bund überlassenen Mittel für die Bahnregionalisierung als Finanzhilfe der Länder erfasst.

Anlass für Disput ist ferner die Frage, wie Zahlungen im Zusammenhang mit höhengleichen und -ungleichen Kreuzungen von Eisenbahn und Straße zu behandeln sind. Vertritt man den Standpunkt, durch Ausgaben für Bahnübergänge oder Überführungen (Brücken) würde Infrastruktur bereitgestellt, für die der Staat zuständig sei, dann kann man keine Finanzhilfeszahlungen konstatieren. Diese Diagnose gilt auch für den Fall, dass der Deutschen Bahn AG Ausgaben vom Land und/oder vom Bund erstattet werden, zu deren Zahlung sie nach Eisenbahnkreuzungsgesetz verpflichtet gewesen wäre. Alternativ kann man aber auch fragen: Sollte die Bahn die gesamten Kosten tragen, weil sie primäre Wegerech-

² Das Vorliegen externer Effekte per se kann kein hinreichendes Kriterium bei der Begründung finanzpolitischer Eingriffe sein. Bei wirtschaftlichen Aktivitäten, die mit keinerlei Externalitäten verknüpft sind, handelt es sich wohl eher um Grenzfälle der Theorie. Externe Effekte machen deshalb als Kriterium nur dann Sinn, wenn sie relativ zu den internen Effekten beurteilt werden. Entscheidend ist also nicht die bloße Existenz, sondern die Bedeutsamkeit der Außenwirkung.

³ Diese Ausgaben stimulieren im Übrigen den Tourismus und verschaffen der Region Einnahmen.

te einengt⁴ und weil insbesondere die Brückenbauinvestition und -unterhaltung der Eisenbahn auf Dauer Kosten spart?⁵ Dann wäre nicht nur die Kostenerstattung an die Eisenbahn durch das Land oder den Bund eine Subvention, sondern auch der Bundes- und/oder Landesanteil nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, weil Kosten auf diese Staatsebenen verlagert worden sind. In dieser Arbeit wird eine mittlere Position vertreten: Kostenerstattungen an die Eisenbahn werden als Subvention gewertet, die Eigenanteile der Länder und/oder des Bundes aber nicht.

2.1.4 Abgrenzung der Finanzhilfen gegenüber Ausgaben des Staates für spezifische verteilungspolitische Maßnahmen

Es macht keinen Sinn, Zuschüsse zugunsten bestimmter sozialpolitischer Aktivitäten zu den Subventionen zu zählen; Armenhilfe oder die Bewältigung spezifischer Notstände (etwa Drogensucht) sind Beispiele für solche Aktivitäten. Es macht aber auch keinen Sinn, die Begründung einer Ausgabe mit einer sozialpolitischen Absicht als hinreichend dafür zu werten, dass ein Subventionstatbestand nicht vorliegt; sozialpolitische Ziele als solche rechtfertigen es nicht, einem Zuschuss die Subventionseigenschaft abzusprechen. Beispielsweise sind die Subventionen zugunsten des Steinkohlenbergbaus, der Landwirtschaft und des Schiffbaus als vor allem sozialpolitisch motiviert zu betrachten.

Zu fragen ist demnach im Einzelfall, ob ein sozialpolitisch motivierter Zuschuss zu den Finanzhilfen zu zählen ist oder nicht. Eine Antwort lässt sich finden, wenn man zwei Grenzfälle unterscheidet und eine konkrete Hilfe danach beurteilt, ob sie mehr dem einen oder mehr dem anderen Fall entspricht. Der eine Fall beinhaltet Fürsorgeleistungen, die auf hilfsbedürftige Individuen zugeschnitten sind, der andere allgemeine

Leistungen, die der Staat potentiell jedem Bürger gewährt.

Zuschüsse, die als Subventionen gewertet werden, sind solche, die breite Bevölkerungsgruppen begünstigen. Beispiele sind Zuschüsse für Krankenhäuser, Kindergärten⁶ und kulturelle Einrichtungen. Hier geht es nicht darum, Mittel zugunsten der schwachen Mitglieder einer Gesellschaft einzusetzen; von einer sozialpolitischen Maßnahme im eigentlichen Sinne kann nicht die Rede sein. Zuschüsse, die nicht in das Subventionsvolumen eingehen, sind dagegen solche, die beispielsweise an SOS-Kinderdörfer, Behindertenheime oder Asylantenaufnahmestätten fließen. Begünstigt wird hier eine kleine hilfsbedürftige Gruppe.

2.1.5 Veränderungen gegenüber früheren Veröffentlichungen

Im Jahr 2002 wurde über die Subventionen insgesamt (Boss und Rosenschon 2002) und über die Finanzhilfen der Bundesländer und ihrer Gemeinden (Rosenschon 2002) berichtet. Was die Abgrenzung der Finanzhilfen der Bundesländer und ihrer Gemeinden anbelangt, so werden im Wesentlichen vier Änderungen vorgenommen.

Erstens sind die Darlehen an die Subventionsnehmer aus dem Datensatz herausgenommen worden, da die Beträge zurückgezahlt werden müssen. Ein Subventionsäquivalent fällt allenfalls nach Maßgabe des Zinsvorteils an. Wegen des Fehlens der nötigen Informationen kann allerdings kein Subventionsäquivalent veranschlagt werden.

Zweitens wird das Wohngeld nur noch nachrichtlich ausgewiesen. Es zählte – als Transfer – ohnehin nicht zu den Subventionen, die sich saldenwirksam kürzen lassen; denn jede Kürzung hätte Mehrausgaben bei der Sozialhilfe bedeutet. Ferner werden im Gefolge der Arbeitsmarktreformen große Teile des vormals gezahlten Wohngeldes im Arbeitslosengeld II abgegolten.

⁴ Eisenbahnen benötigen seit jeher für den Bau und Betrieb eine staatliche Konzession. Der Konzessionszwang wurde vor allem aus dem staatlichen Wegehoheitsrecht abgeleitet (Laaser 1991: 115).

⁵ Kreuzungsfreie Übergänge zwischen Eisenbahnstrecken und Straßen senken das Unfallrisiko und erlauben der Eisenbahn höhere Streckengeschwindigkeiten und damit ein attraktiveres Leistungsangebot.

⁶ Es könnte argumentiert werden, dass Zuschüsse an Kindergärten wie das Kindergeld als Transfers und nicht als Subventionen zu betrachten seien. Die Zuschüsse sind aber von Gemeinde zu Gemeinde verschieden, sie verändern die Allokation stärker als die Gewährung des bundesweit einheitlich festgelegten Kindergeldes. Zudem werden Alternativen (wie die Betreuung durch Tagesmütter) diskriminiert.

Drittens werden Ausgaben für Standortwerbung und für die Pflege der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland nicht mehr zu den Finanzhilfen gezählt, sondern den Ausgaben für öffentliche Güter zugerechnet. Maßgeblich war dabei auch die Überlegung, dass bei Outsourcing von Werbeaufgaben Zuschüsse erfassbar sind, die bei verwaltungsinterner Erledigung oft nicht identifizierbar sind. Vergleichbare Daten können also nicht ermittelt werden. Staatliche Innovatoren, die nach kostengünstigeren Lösungen streben, würden schlechter behandelt, wenn man die Zuschüsse an externe Werbeagenturen zu den Finanzhilfen rechnen würde.

Viertens war der bisherige Subventionsausweis als Obergrenze zu verstehen. Nunmehr wird so verfahren, dass eine Ober- und eine Untergrenze für die Finanzhilfen ausgewiesen werden, indem Positionen, die im Grenzbereich zwischen Subvention und Nichtsubvention liegen, einmal erfasst und einmal nicht erfasst werden. Dieses pragmatische Vorgehen ist erforderlich, da oft die nötigen Informationen fehlen, um den Subventionsgehalt einer Budgetposition exakt zu ermitteln.

2.1.6 Die wichtigsten Positionen, die als Grenzfälle gewertet werden

Beispiele für Grenzfälle sind Ausgaben für Denkmalpflege, die man nicht nur unter dem Aspekt der Pflege des kulturellen Erbes und der Umwegrentabilität sehen darf, sondern auch unter dem Aspekt der Subventionierung der Bauwirtschaft. Mittel zur Förderung der Dorferneuerung fließen nicht nur in die Infrastruktur, wie dies beim Bau einer Straße der Fall ist, sondern sie können auch allokatonsverzerrend verwendet werden, etwa für den Ausbau von Kapazitäten für Urlaub auf dem Bauernhof. Die Finanzierung von Landwirtschaftsämtern dient nicht nur der Agrarverwaltung und der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben wie etwa auf dem Gebiet landwirtschaftlicher Grundlagenforschung, sondern auch dem Unterhalt von beispielsweise Landgestüten oder Weingütern; Pferdezucht und Weinanbau sind aber keine klassisch öffentlichen Aufgaben.

Zuweisungen für Schlösser, Gärten und Burgen beinhalten dann Subventionselemente, wenn sie an Pächter von Restaurationsbetrieben fließen. Ferner ist die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen der Kategorie der Grenzfälle zugeordnet worden. Gleiches gilt für die institutionelle Förderung im Bereich Jugendpolitik. Zwar mag dies Institutionen begründen, die es sonst nicht gäbe. Aber es ist nicht sicher, ob dies mit Mehrkosten verbunden ist oder aber mit Kosteneinsparungen, weil Jugendkriminalität unterdrückt wird. Die Ausgaben für die Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen kann man nicht in voller Höhe als Finanzhilfe rechnen, da ihnen Einnahmen gegenüberstehen. Eine Finanzhilfe liegt nur insoweit vor, als die Einnahmen unter Marktpreisen liegen. Da diesbezüglich Informationslücken bestehen, wird der Ausgabebetitel zu den Grenzfällen gerechnet.

Den Mitteln zugunsten des Staatswaldes kann nur bedingt Subventionseigenschaft zugebilligt werden. Denn zur Rechtfertigung der Zuschüsse können ausgeprägte positive Externalitäten herangezogen werden. In § 1 des Bundeswaldgesetzes steht: „Zweck dieses Gesetzes ist insbesondere, den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern“. Ferner trägt der Wald wesentlich zum Biotop- und Artenschutz bei. Der Wald darf also nicht ausschließlich unter dem Aspekt der Holzverwertung und der betrieblichen Rentabilität gesehen werden. Gleichwohl kann es sein, dass ein Teil der Zuschüsse nicht ein Ausgleich für externe Vorteile ist, sondern Unwirtschaftlichkeit alimentiert. Deshalb kann man das Defizit im Funktionsbereich Staatsforsten bei der Subventionserfassung nicht gänzlich außen vor lassen.

Zu den Positionen mit nur partiellem Subventionsgehalt werden die Netto-Zuweisungen

für Häfen gezählt, was vor allem den Stadtstaat Hamburg betrifft. Einerseits ist es so, dass durch Steuerfinanzierung überhöhte Kosten alimentiert werden. Andererseits ist fraglich, ob eine Infrastrukturinvestition vorliegt oder nicht. Deshalb wird es in dem einen Fall als Finanzhilfe ausgewiesen, im anderen nicht.

Zahlungen an Hochschulkliniken haben keinen Subventionscharakter, soweit es um die Finanzierung der Forschung und Lehre geht. Sie haben insoweit Subventionscharakter, als Patienten statt über Beitrags- über Steuerfinanzierung behandelt und betreut werden. Hier muss man den Anteilssatz mit Subventionscharakter ermitteln. Eine Hilfe für die Behandlung der Daten anderer Bundesländer bietet dabei der Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg für 1998 und 1999, in dem das anteilige Defizit im Haushalt des Universitätsklinikums für beide Zwecke aufgeschlüsselt war. Dementsprechend ist für die anderen Bundesländer vom gesamten Zuschuss ein Subventionsanteil von einem Fünftel in Rechnung gestellt worden. Daneben werden über die Haushaltskapitel „Hochbau“ Investitionsausgaben für die Universitätskliniken getätigt. Hier gibt es aber keine empirischen Anhaltspunkte für die Zuteilung auf Forschung und Lehre einerseits und Krankenhaus- oder Patientenförderung andererseits. Daher wurde hier nach der Regel verfahren, dass das in den Haushalten für Investitionen der Krankenhäuser angegebene Finanzvolumen das eine Mal zu zählen ist und das andere Mal nicht.

2.2 Zum Subventionsbegriff in den Subventionsberichten der Bundesregierung

Die Bundesregierung veröffentlicht auf der Grundlage von § 12 Abs. 2 Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) alle zwei Jahre einen Subventionsbericht, der detailliert über die Finanzhilfen des Bundes und über die Steuervergünstigungen informiert. Darin findet sich auch eine Übersicht über das Gesamtvolumen der Subventionen von Bund, Ländern, Gemeinden, ERP und EU (BMF 2003: 27).

Die Länder liefern dem Bund aus ihren Haushaltsplänen und -rechnungen Finanzhilfedaten nach Maßgabe der für den Bericht typischen Subventionsabgrenzung. Der Betrag für die Gemeinden wird vom Bund auf der Basis der Finanzhilfeentwicklung der Länder geschätzt (ebenda: 27).

Institutionelle Kriterien sind für den Subventionsbegriff der Bundesregierung wesentlich. So wird darauf verwiesen, dass als Subventionsempfänger nur „Stellen außerhalb der Bundesverwaltung“ infrage kommen (ebenda: 136). Auf Länder und Gemeinden übertragen bedeutet das, dass nur Stellen außerhalb der Länder- und der Kommunalverwaltung Finanzhilfeempfänger sein können. Die Defizite staatlicher Bruttobetriebe, die vor allem auf Gemeindeebene bedeutsam sind, werden somit als nicht existent erklärt. Ferner konzentriert sich der Subventionsbericht „auf Hilfen für private Unternehmen und Wirtschaftszweige, wobei zwischen Erhaltungs-, Anpassungs- und Produktivitätshilfen unterschieden wird“ (ebenda: 136). Die geförderten Leistungsanbieter im (halb-)staatlichen Sektor sind also nicht in den Kreis der Subventionsempfänger einbezogen.

Zu den Finanzhilfen, die die Länder nicht an den Bund melden und die in den (geschätzten) Gemeindedaten nicht enthalten sind, zählen vor allem die zur Förderung von Krankenhäusern, Kulturanbietern (wie Opern und Orchestern, Theatern und Museen), Kirchen, Sporteinrichtungen, Landwirtschaftskammern, staatlichen Mustergütern, Gestüten, aber auch Lohnsubventionen und Ausbildungszuschüsse sowie Zuschüsse für Verkehrsbetriebe, Unternehmen der Müllabfuhr und der Strom-, Gas- und Wasserversorgung, soweit diese Betriebseinheiten in die öffentliche Verwaltung integriert sind.

Im Übrigen enthält der Subventionsbericht der Bundesregierung zwei Argumentationen, die dabei helfen, nur unvollständige Subventionslisten zu präsentieren. So werden erstens jene Bundeshilfen nicht dokumentiert, über die die Bundesregierung in anderen Berichten informiert, nämlich „im Sozialbericht, im Umweltbericht, im Wohngeld- und Mietenbericht, im Forschungsbericht, im Ernährungs- und agrarpolitischen Bericht, im Berufsbildungsbericht, im Raumord-

nungsbericht, im Bericht zur Entwicklungspolitik und im Bundesverkehrswegeplan“ (ebenda: 136). Zweitens wird im Subventionsbericht manche Subvention als Infrastrukturmaßnahme gewertet und somit ausgegrenzt, obwohl sie in anderen Veröffentlichungen als Subvention angesehen wird (ebenda: 137).

Nirgendwo im Subventionsbericht wird angesprochen, was aus beiden Argumentationshilfen für die Ausgrenzung von Bundessubventionen für die Erfassung der Länder- und Gemeindefinanzhilfen folgt. Man kann mutmaßen, dass zudem Erfassungslücken bei forschungs-, umwelt- und bildungspolitisch motivierten Zahlungen an Unternehmen bestehen und dass über die Agrarsubventionen nicht umfassend berichtet wird. Vermutlich fehlen bei den Finanzhilfen zugunsten des öffentlichen Verkehrs jene, die investiven Charakter haben, mit dem Argument, der Staat komme lediglich seinen infrastrukturellen Aufgaben nach.

Das Finanzhilfenvolumen im Subventionsbericht der Bundesregierung ist durch Darlehen aufgebläht, während in der vorliegenden Arbeit die Darlehen nicht einbezogen werden. Dies schlägt sich vor allem in unterschiedlich hohen Finanzhilfen zugunsten der Bauwirtschaft nieder. Ferner werden im amtlichen Subventionsbericht Zahlungen des Bundes an die Länder für gemeinsame Bund-Länder-Programme (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur, Mittel für sozialen Wohnungsbau) beim Bund verbucht, allerdings nur jener Teil, der nicht in die kommunale Infrastruktur fließt, sondern in Unternehmen. In der vorliegenden Arbeit werden diese Bundesmittel auf der sie auszahlenden Länderebene erfasst. Um die Finanzhilfeszahlen der Bundesregierung für die Länder mit den hier präsentierten Länderzahlen (ohne Gemeindeebene) vergleichbar zu machen, muss also der Ansatz im Subventionsbericht um den Subventionsanteil des Bundes erhöht werden.

2.3 Subventionsberichterstattung der Länder

Mit Ausnahme von Brandenburg, Sachsen und des Saarlands erstellen die Bundesländer eigene Subventionsberichte. Sie nennen sich in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen „Subventionsberichte“, in Berlin und Rheinland-Pfalz „Finanzhilfeberichte“, in Bremen „Zuwendungsberichte“ und in Nordrhein-Westfalen „Förderberichte“. In Hamburg wird im Rahmen der zum jeweiligen Haushaltsplan gehörenden Finanzberichte über die Zuwendungen informiert.

Es gibt keine einheitlichen Abgrenzungskriterien. Die Länder können den Subventionsbegriff frei bestimmen. „Einige Länder haben aber ihre Definition an die des Bundes nach § 12 StWG angelehnt“ (BMF 2003: 140). Typisch für alle Länder, deren Subventionsberichte per Internet einlesbar sind, ist, dass sie bei den Gemeinschaftsausgaben Investitionszuschüsse für die kommunale Infrastruktur in die Finanzhilfen einbeziehen, während diese in den Subventionsdateien der hier veröffentlichten Daten fehlen. Dies zeigt, dass bei der Abgrenzung der Länder Liquiditätsaspekte vorrangig vor Allokationsaspekten sind, während in dieser Arbeit letztere dominant sind. Auch sind Darlehensbeträge in den Länderberichten nicht eliminiert.

3 Bemerkungen zur Aufbereitung der Daten

3.1 Informationsquellen

3.1.1 Informationsquellen für die auf Länderebene erfassten Finanzhilfen

Als Datenquellen werden die Haushaltspläne und -rechnungen der einzelnen Bundesländer herangezogen, die den Zeitraum 2000–2004 abdecken. Für die Jahre 2000–2002 werden Ist-Werte veranschlagt, für die Jahre 2003 und 2004 Planzahlen. Ausnahme ist das Bundesland Berlin, das im Haushaltsplan 2004/2005 für das Jahr 2003

bereits ein vorläufiges Ist bereitstellt. Mittlerweile liegen zwar Ist-Daten der Länder für das Jahr 2003 und z.T. für 2004 vor. Aber die Erhebung und Aufbereitung der Daten ist mit einem Zeitaufwand verknüpft, der ein datenmäßiges Nachhinken hinter dem aktuellen Rand zur Folge hat.

Aus den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder werden sowohl die Finanzhilfen erfasst, die die Länder an die Subventionsempfänger auszahlen (und die teils Bundes- und EU-Anteile enthalten), als auch Zuweisungen der Länder an die Gemeinden, die auf kommunaler Ebene subventionswirksam werden. Dabei können nur jene Zuweisungen der Länder berücksichtigt werden, deren subventionspolitische Zielsetzung explizit erkennbar ist. Dies ist z.B. bei Zahlungen an kommunale Theater und Orchester oder Verkehrsträger der Fall, nicht aber bei jenen Anteilen an den Schlüsselzuweisungen, deren Verwendung die Allokation verzerrt. Auf kommunaler Ebene müssen dann, wie noch erläutert wird, zusätzlich die aus eigenen Mitteln, z.B. eigenen Steuerquellen, finanzierten Anteile der Finanzhilfen einbezogen werden.

Identifizierbar sind die relevanten Finanzhilfedaten aus den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder entweder anhand eines Rasters ausgewählter Gruppierungsnummern oder anhand von Defiziten ganzer Haushaltskapitel, sofern die Gesamtaktivität als auslagerbar erscheint. Gruppierungsnummern sind ein Codesystem im Rahmen der staatlichen Haushaltssystematik, das einzelne Ausgabe- sowie Einnahmearten kennzeichnet.

Im Zentrum des Finanzhilferasters stehen folgende Gruppierungsnummern: 661 (Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen), 662 (Schuldendiensthilfen an private Unternehmen), 682 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen), 683 (Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen), 891 (Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen), 892 (Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen). Auch Positionen mit den Nummern 697 (Vermögensübertragungen an Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse) und 87 (Inanspruchnahme aus Gewährleistungen) fallen in

die Kategorie der Finanzhilfen an Unternehmen, sind aber seltener.

Nicht alle Zuweisungen mit den genannten Nummern müssen jedoch Finanzhilfen in der gewählten Subventionsabgrenzung sein. Werden Zahlungen an ausgelagerte Behördeneinheiten geleistet, damit diese öffentliche Güter bereitstellen, liegt keine Finanzhilfe vor. Dies ist etwa bei der Finanzierung einer Agentur der Fall, die im Auftrag der öffentlichen Hand Standortwerbung betreibt, aus der die Region insgesamt profitiert.

Da Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte in den Kreis der potentiellen Finanzhilfeempfänger einbezogen sind, müssen Positionen mit folgenden Gruppierungsnummern auf ihre Subventionsqualität hin überprüft werden: 663 (Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland), 681 (Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen), 684 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen), 685 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen), 686 (Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland), 893 (Zuschüsse für Investitionen für Sonstige im Inland) und 894 (Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen).

Ferner muss vermerkt werden, wenn Zahlungen der Länder an die Gemeinden für die Vergabe von Finanzhilfen vorgesehen sind. Dies erfordert eine Überprüfung der Haushaltstitel mit den Gruppierungsnummern 623 (Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände), 633 (sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände) und 883 (Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbänden).

Mitunter werden Ausgaben für staatsinterne Baumaßnahmen mit der Gruppierungsnummer 7 als Finanzhilfen berücksichtigt. Dies ist bei der Auswertung des Haushaltskapitels staatlicher Hochbaumaßnahmen dann der Fall, wenn in staatsinterne Betriebseinheiten investiert wird, die zumindest aus dem Haushalt auslagerbar, wenn nicht gar privatisierungsfähig sind. Beispiele sind bauliche Maßnahmen an Staatstheatern.

Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen und Kapitalaufstockungen (Gruppierungsnummer 83) werden in der Finanzhilfedei i.d.R. nicht erfasst, weil ein Subventionstatbestand kaum zu diagnostizieren ist, wenn ein Bundesland als Eigentümer eines expandierenden Unternehmens dessen Eigenkapital aufstockt. Die Mittelzuführung hat aber Subventionscharakter, wenn ein chronisch defizitäres Unternehmen der Empfänger ist. Denn dann wird Kapitalaufzehrung alimentiert. Aus diesem Grunde sind die Kapitalzuführungen an die defizitären Berliner Verkehrsbetriebe in der Finanzhilfedei enthalten.

Sind die geförderten Institutionen oder Tätigkeiten rechtlich oder finanzstatistisch voll in den Haushalt integriert (etwa bei staatlichen Mustergütern oder der Förderung von Religionsgemeinschaften), ist statt der Erfassung ausgewählter Gruppierungsnummern das am Ende des Haushaltskapitels ausgewiesene Defizit zu veranschlagen. Es bringt den Steueranteil an der Finanzierung der jeweiligen Aufgabe zum Ausdruck.

3.1.2 Informationsquellen für die auf Gemeindeebene erfassten Finanzhilfen

Neben den auf Länderebene verbuchten Zuweisungen der Länder für kommunale Finanzhilfen, die den Haushaltsplänen und -rechnungen der Länder zu entnehmen sind, müssen die eigenfinanzierten Gemeindesubventionen erfasst werden. Informationsquellen sind die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht. In der erforderlichen Tiefengliederung stellt sie das Statistische Bundesamt auf Anfrage bereit. Verfügbar waren die Daten für die Jahre 2000–2002 (Statistisches Bundesamt, *Fachserie 14, Reihe 3.3*, lfd. Jgg.). Für die Jahre 2003 und 2004 gibt es derzeit nur die Zahlen für die Finanzhilfen der einzelnen Bundesländer, auf deren Basis die Kommunalzahlen geschätzt werden.

Die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalten sind nach Aufgabenbereichen gegliedert, die mit so genannten Gliederungsnummern versehen sind. Zweistellige Nummern in der Systematik der Ausgaben kennzeichnen Ober-

gruppen, dreistellige Untergruppen. Die Palette der Funktionen ist dahingehend überprüft worden, ob die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Subventionskriterien gegeben sind. Als Eigenfinanzierungsanteil der Gemeinden und Gemeindeverbände ist in den subventionsrelevanten Aufgabenbereichen der Saldo aus Nettoausgaben und Nettoeinnahmen⁷ verbucht worden.

3.2 Überprüfung durch die Bundesländer

Nach der Erstellung der Datensätze für die Finanzhilfen der einzelnen Länder und der Kommunen sind diese an die Finanzministerien der einzelnen Bundesländer zur kritischen Überprüfung verschickt worden, wobei der breite Subventionsbegriff der vorliegenden Arbeit zugrunde gelegt werden sollte. Damit war beabsichtigt worden, das Fachwissen vor Ort auszuschöpfen, um bei der Erfassung von Subventionen Fehler zu vermeiden. Denn mitunter fehlen Haushaltserläuterungen zu den einzelnen Finanzhilfetiteln, oder sie sind vage formuliert. Auf exakte Informationen ist man aber angewiesen, um sachgerecht die relevanten Haushaltspositionen herauszufiltern. Änderungsvorschläge sind insoweit berücksichtigt worden, als sie mit dem umfassenden Subventionsbegriff und dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Länder vereinbar sind. Aus der Hilfe der Länder bei der Überprüfung der Finanzhilfen darf allerdings nicht abgeleitet werden, dass die einzelnen Finanzministerien die in dieser Arbeit gewählten Abgrenzungen in jeder Hinsicht für adäquat halten.

3.3 Zur Gliederung der Daten

Bei der Erfassung der Finanzhilfen kann unmittelbar differenziert werden zwischen sektorspezifisch erfassbaren Zahlungen – sie begünstigen

⁷ Nettoausgaben sind alle Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zusammen abzüglich haushaltstechnischer Verrechnungen und Zahlungen von anderen Ebenen. Nettoeinnahmen sind alle Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zusammen abzüglich haushaltstechnischer Verrechnungen und Zahlungen von anderen Ebenen.

ausschließlich einen Wirtschaftszweig – und branchenübergreifenden. Branchenübergreifende Finanzhilfen sind auf einen vergleichsweise breiten, hier sektoral nicht identifizierten Empfängerkreis zugeschnitten.

Bei den sektorspezifischen Finanzhilfen wird unterschieden zwischen solchen an Unternehmen und solchen an (halb-)staatliche Dienstleister. Die sektorspezifischen Finanzhilfen an Unternehmen werden acht Wirtschaftszweigen zugeteilt, auf die sich die staatliche Förderpolitik konzentriert, nämlich auf

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,
- Bergbau,
- Schiffbau,
- Verkehr,
- Wohnungsvermietung,
- Luft- und Raumfahrzeugbau,
- Wasserver- und -entsorgung sowie Abfallwirtschaft und
- Fremdenverkehr, Staatsbäder.

Die übrigen sektorspezifischen Finanzhilfen werden einer Sammelposition zugeschlagen. Sie umfasst eine bunte Mischung von Finanzhilfen an begünstigte Sektoren bzw. Einzelunternehmen wie etwa Staatsbrauereien, Technologieberatungseinrichtungen, Messegesellschaften und Holdinggesellschaften für Staatsvermögen, die ausgewählte Sektoren wie etwa den öffentlichen Personennahverkehr betreuen.

Bei den sektorspezifischen Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister, die in der erweiterten Abgrenzung berücksichtigt werden, wurde nach folgenden Subventionsempfängern differenziert:

- Krankenhäuser,
- Kindertagesstätten, Kinderkrippen,
- Theater, Museen, sonstige kulturelle Einrichtungen,
- Staatsforsten,
- Kirchen, Religionsgemeinschaften,
- Pflegeeinrichtungen,
- Sport- und Freizeiteinrichtungen,
- sonstige Institutionen (wie Landwirtschaftskammern, staatliche Versuchsanstalten für Bienenzucht oder Weinbau, Landesgestüte u.Ä.).

Bei den Zuschüssen an Pflegeeinrichtungen sind nur die allgemeinen gemäß dem Pflegeversicherungsgesetz berücksichtigt worden, nicht die innerhalb der Sozialfürsorge.

Die branchenübergreifenden Finanzhilfen an Unternehmen wurden nach ihrer dominierenden Zielsetzung geordnet. Dabei wird differenziert nach

- Regional- und Strukturpolitik,
- Förderung von Umwelt und rationeller Energieverwendung,
- Beschäftigungsförderung,
- Förderung von Innovationen,
- Mittelstandsförderung,
- Investitionsförderung,
- Förderung sonstiger betrieblicher Funktionen.

Mitunter werden mehrere Zielsetzungen verfolgt, etwa die Förderung von Innovationen in mittelständischen Betrieben. Hier erfolgt die Erfassung anhand der dominanten Zielsetzung, um eine überschneidungsfreie Gliederung zu erhalten.

4 Empirische Bestandsaufnahme

4.1 Vorspann: Integration der Gemeindeebene für Vergleich der Länderdaten nötig

Will man die Bundesländer im Hinblick auf ihr Finanzhilfegebaren vergleichen, ist es erforderlich, potentielle Verzerrungen zu eliminieren. Besonders wichtig erscheint es, die regionalisierten Finanzhilfeszahlen der Gemeinden zu integrieren, denn in den einzelnen Ländern herrschen unterschiedliche Zentralisations- bzw. Dezentralisationsgrade. So werden in den neuen Bundesländern durchschnittlich 75 Prozent der Finanzhilfen auf Landesebene gewährt, in den alten Bundesländern sind es nur zwischen 51 und 54 Prozent (Tabellen 1 und 2; Angaben in Euro in den Tabellen A1 und A2). Bei einem reinen Ländervergleich, bei dem auf den Einbezug re-

Tabelle 1:

Finanzhilfen der Bundesländer (einschließlich Grenzfälle) nach Landes- und Gemeindeebene in den Jahren 2000–2004 (Prozent)

	2000	2001	2002	2003	2004
Thüringen					
Landesebene	76,72	78,28	77,45	77,45	77,41
Gemeindeebene	23,28	21,72	22,55	22,55	22,59
Mecklenburg-Vorpommern					
Landesebene	78,50	77,33	77,09	76,97	76,84
Gemeindeebene	21,50	22,67	22,91	23,03	23,16
Brandenburg					
Landesebene	75,55	75,11	77,91	77,81	77,70
Gemeindeebene	24,45	24,89	22,09	22,19	22,30
Neue Flächenländer					
Landesebene	75,07	75,37	75,00	74,90	74,85
Gemeindeebene	24,93	24,63	25,00	25,10	25,15
Sachsen					
Landesebene	73,44	75,25	73,49	73,54	73,50
Gemeindeebene	26,56	24,75	26,51	26,46	26,50
Sachsen-Anhalt					
Landesebene	73,52	71,70	70,73	70,85	70,68
Gemeindeebene	26,48	28,30	29,27	29,15	29,32
Saarland					
Landesebene	60,98	65,62	59,11	59,27	59,27
Gemeindeebene	39,02	34,38	40,89	40,73	40,73
Rheinland-Pfalz					
Landesebene	61,55	60,66	59,34	59,96	59,49
Gemeindeebene	38,45	39,34	40,66	40,04	40,51
Bayern					
Landesebene	56,69	54,34	56,85	56,95	56,98
Gemeindeebene	43,31	45,66	43,15	43,05	43,02
Niedersachsen					
Landesebene	52,32	53,03	55,17	55,21	55,08
Gemeindeebene	47,68	46,97	44,83	44,79	44,92
Nordrhein-Westfalen					
Landesebene	53,89	53,47	52,76	52,17	52,12
Gemeindeebene	46,11	46,53	47,24	47,83	47,88
Schleswig-Holstein					
Landesebene	51,71	52,63	53,36	53,12	53,26
Gemeindeebene	48,29	47,37	46,64	46,88	46,74
Alte Flächenländer					
Landesebene	52,80	50,96	52,26	52,12	52,13
Gemeindeebene	47,20	49,04	47,74	47,88	47,87
Baden-Württemberg					
Landesebene	48,70	40,94	46,46	46,41	46,12
Gemeindeebene	51,30	59,06	53,54	53,59	53,88
Hessen					
Landesebene	43,63	43,94	43,57	43,47	44,19
Gemeindeebene	56,37	56,06	56,43	56,53	55,81

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

gionalisierter Gemeindedaten verzichtet wird, würden somit für die neuen Bundesländer systematisch überhöhte Hilfen ausgewiesen. Große Spannen gibt es auch innerhalb der Länder-

gruppen: Während im Saarland zwischen 59 und 65,6 Prozent der Finanzhilfen durch das Land verausgabt werden, sind es in Hessen zwischen 42,5 und 44 Prozent.

Tabelle 2:

Finanzhilfen der Bundesländer (ausschließlich Grenzfälle) nach Landes- und Gemeindeebene in den Jahren 2000–2004 (Prozent)

	2000	2001	2002	2003	2004
Thüringen					
Landesebene	77,48	79,25	78,49	78,45	78,40
Gemeindeebene	22,52	20,75	21,51	21,55	21,60
Mecklenburg-Vorpommern					
Landesebene	78,09	77,05	76,75	76,62	76,44
Gemeindeebene	21,91	22,95	23,25	23,38	23,56
Brandenburg					
Landesebene	75,24	74,82	76,73	77,35	77,16
Gemeindeebene	24,76	25,18	23,27	22,65	22,84
Neue Flächenländer					
Landesebene	74,84	75,08	74,39	74,44	74,37
Gemeindeebene	25,16	24,92	25,61	25,56	25,63
Sachsen					
Landesebene	72,68	74,11	71,92	71,83	71,88
Gemeindeebene	27,32	25,89	28,08	28,17	28,12
Sachsen-Anhalt					
Landesebene	73,34	71,44	70,49	70,70	70,50
Gemeindeebene	26,66	28,56	29,51	29,30	29,50
Saarland					
Landesebene	61,19	66,12	58,85	59,20	59,12
Gemeindeebene	38,81	33,88	41,15	40,80	40,88
Rheinland-Pfalz					
Landesebene	62,14	60,89	58,74	59,76	59,38
Gemeindeebene	37,86	39,11	41,26	40,24	40,62
Nordrhein-Westfalen					
Landesebene	58,16	56,31	56,50	55,40	55,39
Gemeindeebene	41,84	43,69	43,50	44,60	44,61
Bayern					
Landesebene	56,59	54,08	56,54	56,76	56,84
Gemeindeebene	43,41	45,92	43,46	43,24	43,16
Alte Flächenländer					
Landesebene	54,19	51,95	53,17	53,12	52,95
Gemeindeebene	45,81	48,05	46,83	46,88	47,05
Niedersachsen					
Landesebene	51,57	51,79	53,98	53,99	53,52
Gemeindeebene	48,43	48,21	46,02	46,01	46,48
Schleswig-Holstein					
Landesebene	52,09	52,84	52,43	52,74	52,51
Gemeindeebene	47,91	47,16	47,57	47,26	47,49
Baden-Württemberg					
Landesebene	47,71	40,45	45,86	46,10	45,21
Gemeindeebene	52,29	59,55	54,14	53,90	54,79
Hessen					
Landesebene	43,31	43,46	42,43	42,47	42,88
Gemeindeebene	56,69	56,54	57,57	57,53	57,12

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 14, Reihe 2* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Trotz des Einbezugs der Gemeindeebene spricht viel für Vorsicht bei einem interregionalen Vergleich. Erstens: Die Subventionen werden mitunter aus dem Staatshaushalt in Schattenhaushalte verlagert. Deren Finanzhilfeaktivität

kann nur insoweit berücksichtigt werden, als die Haushaltspläne darüber nachrichtlich Auskunft geben, wie dies etwa beim „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen“ oder beim Sondervermögen „Wohnungswesen und Zukunftsinvestitionen“ in

Tabelle 3:

Finanzhilfen der Bundesländer und ihrer Gemeinden in den Jahren 2000–2004

	2000	2001	2002	2003	2004
Finanzhilfen in Mill. Euro					
Mit Grenzfällen	65 152	65 790	66 118	64 582	64 280
Alte Flächenländer	41 424	42 501	42 739	42 430	42 498
Neue Flächenländer	16 824	16 524	16 613	15 729	14 899
Stadtstaaten	6 904	6 766	6 766	6 422	6 882
Ohne Grenzfälle	59 958	60 184	60 302	58 922	58 593
Alte Flächenländer	37 786	38 650	38 725	38 420	38 358
Neue Flächenländer	15 735	15 402	15 369	14 628	13 848
Stadtstaaten	6 438	6 132	6 208	5 864	6 387
Finanzhilfen in Prozent des BIP					
Mit Grenzfällen	3,21	3,17	3,14	3,03	2,95
Alte Flächenländer	2,54	2,55	2,52	2,48	2,42
Neue Flächenländer	7,41	7,18	7,08	6,61	6,14
Stadtstaaten	4,05	3,88	3,85	3,63	3,82
Ohne Grenzfälle	2,95	2,90	2,86	2,77	2,69
Alte Flächenländer	2,31	2,31	2,28	2,24	2,19
Neue Flächenländer	6,93	6,70	6,55	6,15	5,71
Stadtstaaten	3,77	3,52	3,53	3,32	3,54

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.3 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Hessen der Fall ist. Wo aber Informationslücken über das Agieren öffentlicher Förderbanken und sonstiger parafiskalischer Gebilde bestehen, wo also das Rechnungswesen der Parafisci nicht als Anlage im Haushaltsplan erscheint, kommt das betreffende Land im Ländervergleich zu „gut“ weg. Zweitens: Unterschiedliche Ausmaße nicht messbarer Subventionen (wie Preissubventionen) bleiben unberücksichtigt. Könnten sie einbezogen werden, wäre die Rangfolge der Länder vielleicht anders.

4.2 Zur Entwicklung der Finanzhilfen der Länder und Gemeinden in der Abgrenzung der vorliegenden Studie

Die Finanzhilfen insgesamt sind vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2002 gestiegen, im Anschluss gefallen, wobei im Jahr 2004 ein Wert erreicht ist, der unter dem Ausgangsniveau liegt (Tabelle 3). Dieser Verlauf gilt unabhängig davon, ob die Grenzfälle bei der Subventionserfassung in die Rechnung einbezogen werden oder nicht. Mit Grenzfällen gerechnet ist im Jahr 2004 ein Niveau von 64,3 Mrd. Euro erreicht – dies ent-

spricht knapp dem Länderanteil an den Steuern vom Umsatz –, ohne Grenzfälle sind es 58,6 Mrd. Euro. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP)⁸ sind die Finanzhilfen kontinuierlich um insgesamt einen viertel Prozentpunkt zurückgegangen. Im Jahr 2004 haben sie knapp 3 Prozent bzw. 2,7 Prozent des BIP betragen.

Während in den alten Flächenländern, die eine relativ niedrige Subventionsquote aufweisen, der Subventionsabbau im Verhältnis zum BIP eher zäh verlaufen ist, kommen die neuen Flächenländer hier zügig voran. Der Rückgang erfolgt allerdings von einem relativ hohen Niveau aus. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre waren die Finanzhilfen in den neuen Bundesländern mit zweistelliger Rate ausgeweitet worden (Rosen-schon 1997), seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre weisen sie eine fallende Tendenz auf. Hinter dem atypischen Subventionsanstieg der Stadtstaaten im Jahr 2004 steht ein Berlin-Effekt, der weiter unten erläutert wird.

⁸ In der Abgrenzung, die bis zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Ende April 2005 galt. Revidierte Zahlen für die Länder gibt es noch nicht.

4.3 Vergleich mit den Finanzhilfen der Länder und Gemeinden im Subventionsbericht der Bundesregierung

In dem neunzehnten Subventionsbericht der Bundesregierung, der die Entwicklung der gesamten Subventionen in den Jahren 1970–2003 enthält (BMF 2003), wird für das Jahr 2003 ein gesamtes Finanzhilfenvolumen in Höhe von 12,9 Mrd. Euro ausgewiesen, verglichen mit 64,6 Mrd. Euro bzw. 58,9 Mrd. Euro (Tabelle 4). Damit wird nur rund ein Fünftel des hier errechneten Finanzhilfenvolumens von Ländern und ihren Gemeinden von der Bundesregierung in ihren Subventionsberichten erfasst.

Allerdings muss überprüft werden, ob die erforderlichen Bereinigungen dieses Ergebnis nennenswert verändern. So ist der Ansatz der Bundesregierung um darin enthaltene Darlehensanteile zu kürzen. Der neunzehnte Subventionsbericht nennt 0,6 Mrd. Euro für die Bundesländer (BMF 2003: 132), für die Gemeinden werden

keine Angaben gemacht. Zu erhöhen ist der Ansatz der Bundesregierung um jene Bundeszahlungen, die hier bei den Ländern veranschlagt werden, die Bundesregierung aber beim Bund erfasst. In Anlage 1 des neunzehnten Subventionsberichts sind 1,6 Mrd. Euro subventionsrelevanter Zahlungen des Bundes an die Länder aufgeführt. Somit ist der Ansatz der Bundesregierung um netto 1 Mrd. Euro zu erhöhen. Die Erfassungsquote steigt auf maximal 23,6 Prozent. Die Bereinigung ändert am Ergebnis also wenig.

Spaltet man die Daten nach Länder- und Gemeindeebene auf, ergibt sich ein differenziertes Bild: Während sich die Erfassungsquote bei den Ländern auf ein Niveau zwischen reichlich einem Viertel und knapp einem Drittel erhöht, sinkt jene bei den Gemeinden auf Werte zwischen 7,4 Prozent und 6,1 Prozent. Der amtliche Subventionsbericht weist bei den kommunalen Finanzhilfen also nur die Spitze des Eisbergs aus.

Dabei gilt es zu beachten, dass auch die Zahlen der kommunalen Finanzhilfe dieser Studie, an denen der Schätzwert der Bundesregierung relati-

Tabelle 4:

Finanzhilfen von Ländern und Gemeinden gemäß der hier vorliegenden Subventionsabgrenzung und dem Neunzehnten Subventionsbericht der Bundesregierung in den Jahren 2000–2004 (2003) (Mrd. Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004
<i>I Finanzhilfen nach der vorliegenden Abgrenzung</i>					
Obergrenze für Finanzhilfen					
insgesamt	65,1	65,8	66,2	64,6	64,3
der Länder	41,4	40,9	41,6	40,3	40,2
der Gemeinden	23,7	24,9	24,6	24,3	24,1
Untergrenze für Finanzhilfen					
insgesamt	60,0	60,1	60,3	58,9	58,6
der Länder	38,5	37,5	38,0	36,9	36,8
der Gemeinden	21,5	22,6	22,3	22,0	21,8
<i>II Finanzhilfen nach dem 19. Subventionsbericht</i>					
insgesamt	12,8	12,7	12,0	12,9	.
der Länder	11,2	11,1	10,5	11,3	.
der Gemeinden	1,6	1,6	1,5	1,6	.
<i>III Angaben in II in Prozent von Angaben in I</i>					
Obergrenze für Finanzhilfen					
insgesamt	19,66	19,30	18,13	19,97	.
der Länder	27,05	27,14	25,24	28,04	.
der Gemeinden	6,75	6,43	6,10	6,58	.
Untergrenze für Finanzhilfen					
insgesamt	21,33	21,13	19,90	21,90	.
der Länder	29,09	29,60	27,63	30,62	.
der Gemeinden	7,44	7,08	6,73	7,27	.

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); BMF (2003); eigene Berechnungen.

viert worden ist, das gesamte kommunale Subventionsspektrum vermutlich nur zum Teil abdecken. Denn erstens dürfte auf dieser Ebene der Anteil der Preissubventionen besonders hoch sein. Diese Subventionen in Form von Abweichungen von Marktpreisen – bei staatlichen Käufen nach oben, bei Verkäufen nach unten – können aber nicht veranschlagt werden, weil in den Rechnungen für die öffentlichen Haushalte über diese Form der Begünstigung nicht berichtet werden muss. Zweitens dürften auf kommunaler Ebene Bürgschaften und Gewährleistungen eine besondere Rolle spielen. Es fehlen aber die Informationen, um Subventionsäquivalente und Inanspruchnahmen in den Gesamtbetrag der Finanzhilfen einzubeziehen. Drittens werden die Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte aggregiert. Das heißt aber, dass Defizite in einzelnen Funktionsbereichen einzelner Haushalte nicht mehr erscheinen, weil sie um andernorts erzielte Überschüsse gekürzt werden.

Gemessen am tatsächlichen kommunalen Finanzhilfenvolumen hat die von der Bundesregierung veröffentlichte Zahl in Höhe von 1,6 Mrd.

Euro mehr den Charakter eines Erinnerungspostens.

4.4 Vergleich mit den Finanzhilfen der Länder in den Subventionsberichten der Länder

Die Relationen zwischen den von 13 Bundesländern publizierten Finanzhilfeszahlen zu den hier veröffentlichten Zahlen für die einzelnen Länder (ohne Gemeindeebene) decken ein breites Spektrum ab (Tabelle 5). Die niedrigsten Erfassungsquoten liegen für Bremen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein vor. Die Werte liegen bei rund einem Fünftel des hier präsentierten Ansatzes. Es ist zu vermuten, dass bei diesen Ländern die an die Bundesregierung gemeldeten Finanzhilfedaten deckungsgleich sind mit jenen, über die der eigene Subventionsbericht informiert, weil die Relationen zu den hier präsentierten Zahlen jenen ähneln, die im Subventionsbericht der Bundesregierung veröffentlicht sind.

Tabelle 5:

Finanzhilfenvolumen gemäß den Subventionsberichten der Länder im Vergleich zu den hier veröffentlichten Zahlen (Mill. Euro)

Land	Bericht über Finanzhilfen	Internetpräsenz	Finanzhilfeausweis des jeweiligen Landes	Jahr	Finanzhilfen der Landesebene (mit Grenzfällen)	Finanzhilfen der Landesebene (ohne Grenzfälle)	III in Prozent von V	III in Prozent von VI
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
Baden-Württemberg	ja	ja	785,8	2003	3 752,8	3 500	20,94	22,45
Bayern	ja	nein	3 100	2004	5 328,7	4 704	58,18	65,90
Hessen	ja	nein	4 889	2003	1 932,3	1 762,2	253,01	277,44
Niedersachsen	ja	ja	1 750	2004	2 497,4	2 219,4	70,07	78,85
Nordrhein-Westfalen	ja	ja	6 889,8	2004	5 886,7	5 493,7	117,04	125,41
Rheinland-Pfalz	ja	ja	1 515,4	2003	1 420,1	1 300,6	106,71	116,52
Saarland	nein
Schleswig-Holstein	ja	nein	179,9	2004	855,1	755,1	21,04	23,82
Brandenburg	nein
Mecklenburg-Vorpommern	ja	nein	625,4	2004	1 502,2	1 393,2	41,63	44,89
Sachsen-Anhalt	ja	ja	1 673	2003	2 322,7	2 165,1	72,03	77,27
Sachsen	nein
Thüringen	ja	ja	1 680,8	2002	2 283,3	2 206,9	73,61	76,16
Berlin	ja	ja	3 294	2003	4 325,6	4 161	76,15	79,16
Bremen	ja	ja	133,6	2003	721	561	18,53	23,81
Hamburg	ja	ja	748,4	2004	1 447,2	1 215	51,71	61,60

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 14, Reihe 2* (lfd. Jgg.); Berichte und Auskünfte der Länder über die landesspezifischen Finanzhilfen; eigene Berechnungen.

Mit einer „Erfassungsquote“ zwischen 41,6 und 44,9 Prozent folgt Mecklenburg-Vorpommern. Es schließen sich Hamburg (51,7 bis 61,6) und Bayern (58,1 bis 65,9) an. In den Ländern Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin werden zwischen drei Viertel bis vier Fünftel des Finanzhilfenvolumens der vorliegenden Studie erreicht, wobei die Reihenfolge davon abhängt, ob man das Finanzhilfenvolumen mit oder ohne Grenzfälle heranzieht.

Es verwundert nicht, dass die vom Land Rheinland-Pfalz ausgewiesenen Finanzhilfen mit 6,7 bis 16,5 Prozent dem Ansatz aus dieser Studie am nächsten sind. Denn „...die im Bericht über die Finanzhilfen im Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz ... gewählte haushaltssystematische Abgrenzung der Finanzhilfen in Anlehnung an die Definition und Abgrenzung des Instituts für Weltwirtschaft ... hat eine breite politische Zustimmung innerhalb des Landes erhalten...“ (Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz 2003: 6). Freilich sind beide Datensätze nicht in allen Punkten identisch. So enthält der Finanzhilfebericht von Rheinland-Pfalz – wie die Subventionsberichte der anderen Länder auch – Darlehen und Investitionszuschüsse an Kommunen für Infrastruktur im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben. Ferner werden Zuweisungen an Privatschulen als Finanzhilfen einbezogen (155 Mill. Euro im Jahr 2003), während in dieser Arbeit der gesamte Bildungssektor aus der Subventionsabgrenzung ausgespart wird. Andererseits werden keine staatsinternen Defizite im Finanzhilfebericht des Landes erfasst.

Nordrhein-Westfalen gibt seit dem Jahr 2002 in zweijährigem Turnus einen Förderbericht heraus, der an die Stelle der zuvor erstellten Subventionsberichte tritt „und dessen Inhalt deutlich über den bisherigen Subventionsbericht hinausgeht“ (Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2004: 2). Die Definition knüpft am Begriff der Transferausgaben an, die ohne Gegenleistung gewährt werden, und ist weiter als die hier gewählte Abgrenzung. Abweichend von dieser umfasst der Förderkatalog von Nordrhein-Westfalen z.B. Ausgaben für Grundlagenforschung in Großforschungseinrichtungen, Zahlungen an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), an die Privatuniversität Witten-Herdecke,

an staatlich anerkannte Fachhochschulen, an Studentenwerke und -wohnheime, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), Zuweisungen an Ganztagschulen, Förderung von Einrichtungen im Bereich der Sozialhilfe, Ausgaben für Behindertenhilfe, Frauenhäuser, Flüchtlings-, Straffälligen- und Opferhilfe sowie Leistungen für Entwicklungshilfe. Das im Förderbericht des Landes Nordrhein-Westfalen ausgewiesene Finanzvolumen liegt um 17 bis 25,4 Prozent über dem Finanzhilfeniveau, das in dieser Studie präsentiert wird.

Der 14. Subventionsbericht von Hessen beziffert die Finanzhilfen von Hessen mit 4,9 Mrd. Euro, verglichen mit 1,8 bis 1,9 Mrd. Euro in diesem Bericht. Im Subventionsbericht des Landes sind allerdings Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden enthalten. Auch werden Ausgaben für Bildung und für Grundlagenforschung als Finanzhilfen verbucht und verschiedene Sozialtransfers einbezogen. Es ist zu vermuten, dass der Ansatz des IfW eine Teilmenge des hessischen Rechenwerks ist. Es war beabsichtigt, „dass der vorliegende Bericht sich an den weit gefassten Subventionsbegriff des IfW anlehnt“ (Finanzministerium des Landes Hessen 2005: 4).

4.5 Finanzhilfen nach Bundesländern

4.5.1 Finanzhilfen je Einwohner nach Bundesländern

Im Jahr 2004 beliefen sich im Durchschnitt aller Bundesländer die Finanzhilfezahlungen auf 710 Euro je Einwohner (ausschließlich Grenzfälle) bis 779 Euro je Einwohner (einschließlich Grenzfälle), im Jahr 2000 waren es noch 730 bis 793 Euro gewesen (Tabellen 6 und 7). Dabei liegt das Finanzhilfeniveau im Durchschnitt der neuen Flächenländer um rund zwei Drittel über dem in den alten Flächenländern (1 028 bis 1 106 Euro im Vergleich zu 607 bis 672 Euro). Die Finanzhilfeausgaben der Stadtstaaten reichten in den Jahren 2000–2003 nicht ganz an die im Beitrittsgebiet erreichte Höhe heran, im Jahr 2004 überschritten sie aber diese. Das liegt daran, dass der Stadtstaat Berlin 300 Mill. Euro eingeplant hat wegen der Inanspruchnahme aus

Tabelle 6:

Finanzhilfen der Bundesländer (einschließlich Grenzfälle) je Einwohner in den Jahren 2000–2004 (Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	Summe	Rang	Rang im Jahr 2004
Baden-Württemberg	733	737	789	757	729	3 745	7	6
Bayern	746	736	791	730	752	3 755	8	7
Hessen	695	710	730	730	770	3 634	6	8
Niedersachsen	585	601	604	598	567	2 955	3	1
Nordrhein-Westfalen	624	655	600	632	625	3 136	4	4
Rheinland-Pfalz	592	602	570	584	605	2 953	2	3
Saarland	653	771	659	711	726	3 520	5	5
Schleswig-Holstein	535	549	526	541	568	2 719	1	2
Alte Flächenländer	662	677	678	672	672			
Brandenburg	1 222	1 152	1 253	1 157	1 057	5 841	3	1
Mecklenburg-Vorpommern	1 172	1 154	1 172	1 177	1 133	5 809	2	4
Sachsen-Anhalt	1 248	1 222	1 174	1 293	1 172	6 109	5	5
Sachsen	1 185	1 185	1 228	1 094	1 074	5 767	1	2
Thüringen	1 232	1 279	1 227	1 125	1 125	5 988	4	3
Neue Flächenländer	1 210	1 198	1 215	1 159	1 106			
Flächenländer	762	771	774	758	748			
Berlin	1 423	1 371	1 357	1 275	1 414	6 842	3	3
Bremen	1 025	1 057	1 069	1 088	973	5 212	2	2
Hamburg	824	828	845	794	833	4 124	1	1
Stadtstaaten	1 200	1 173	1 171	1 110	1 189			
Alle Länder	793	799	802	783	779			

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

Garantien gegenüber dem Konzern Bankgesellschaft Berlin, der hohe Spekulationsverluste realisiert hat.

Unter den alten Flächenländern sind im Zeitraum 2000–2004 die Finanzhilfen pro Einwohner in Schleswig-Holstein am niedrigsten, es folgen Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Die meisten Finanzhilfen – bezogen auf die Einwohner – haben Bayern, Baden-Württemberg und Hessen vergeben, wobei der Rang davon abhängt, ob man die Gliederung mit oder ohne Grenzfälle zugrunde legt.

Stellt man nur auf das Jahr 2004 ab, dann ändert sich die Rangfolge: Nach vorne neben Schleswig-Holstein schiebt sich Niedersachsen (beide Rang 1 bzw. Rang 2, je nach Abgrenzung), während Rheinland-Pfalz an Terrain einbüßt. Bei der Abgrenzung ohne Grenzfälle sinkt das Saarland vom 5. auf den 7. Platz ab, während sich Bayern vom 6. auf den 5. Rang verbessert.

In den neuen Bundesländern ist die Spanne zwischen dem Land mit den niedrigsten und dem mit den höchsten Finanzhilfen weniger ausgeprägt als in den alten. Über die ganze Periode hinweg ist Sachsen das Land, das die niedrigsten Finanzhilfen je Einwohner vergeben hat, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern. Allerdings rutscht Mecklenburg-Vorpommern auf den 4. Platz ab, wenn man auf das Jahr 2004 abstellt. Am schlechtesten schneidet Sachsen-Anhalt ab.

Ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen den Stadtstaaten. Das in Bremen realisierte Finanzhilfeniveau liegt deutlich über dem von Hamburg. Die Finanzhilfen, die der Stadtstaat Berlin leistet, übersteigen freilich das Bremer Niveau und sie sind auch (mit 1 362 Euro bis 1 414 Euro pro Einwohner) die höchsten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Denn in Berlin fallen – anders als in den beiden anderen Stadtstaaten – einigungsbedingte Sonderlasten an.

Tabelle 7:

Finanzhilfen der Bundesländer (ausschließlich Grenzfälle) je Einwohner in den Jahren 2000–2004 (Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004	Summe	Rang	Rang im Jahr 2004
Baden-Württemberg	681	695	736	711	676	3 500	8	6
Bayern	666	654	697	645	666	3 328	6	5
Hessen	646	655	680	681	714	3 376	7	8
Niedersachsen	540	549	557	551	518	2 715	3	2
Nordrhein-Westfalen	564	583	533	554	549	2 784	4	3
Rheinland-Pfalz	538	555	519	536	557	2 706	2	4
Saarland	608	732	621	673	685	3 320	5	7
Schleswig-Holstein	490	503	469	488	509	2 460	1	1
Alte Flächenländer	604	616	614	608	607			
Brandenburg	1 157	1 094	1 145	1 092	994	5 482	3	2
Mecklenburg-Vorpommern	1 080	1 074	1 095	1 100	1 056	5 404	2	4
Sachsen-Anhalt	1 171	1 145	1 093	1 208	1 094	5 710	4	5
Sachsen	1 089	1 070	1 116	990	975	5 240	1	1
Thüringen	1 181	1 230	1 171	1 071	1 070	5 721	5	3
Neue Flächenländer	1 132	1 117	1 124	1 078	1 028			
Flächenländer	700	706	705	691	681			
Berlin	1 371	1 309	1 307	1 227	1 362	6 576	3	3
Bremen	908	860	882	846	841	4 338	2	2
Hamburg	700	659	690	659	700	3 409	1	1
Stadtstaaten	1 118	1 063	1 074	1 013	1 104			
Alle Länder	730	731	731	714	710			

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 14, Reihe 2* (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

4.5.2 Finanzhilfen der Bundesländer in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

Gemessen an der Finanzhilfequote im Berichtszeitraum liegt Schleswig-Holstein ebenfalls vorne, in der Abgrenzung ohne Grenzfälle auf dem 1. Rang, in der mit Grenzfällen auf dem 2. Rang (Tabellen 8 und 9). Auffällig ist, dass Hessen in der Abgrenzung mit Grenzfällen den 1. Rang belegt, obwohl es sich in der einwohnerbezogenen Rechnung auf dem 6. Rang befindet. Dieses gute Abschneiden spiegelt das hohe Bruttoinlandsprodukt je Einwohner wider. Umgekehrt sinkt Rheinland-Pfalz, das in der einwohnerbezogenen Rechnung den 2. Platz innehat, auf den 5. bzw. 6. Platz ab, wenn man die Finanzhilfen am BIP relativiert. Bayern verbessert sich deutlich (von Platz 8 bzw. Platz 6 auf Platz 4), wenn man das BIP als Maßstab heranzieht. Auf dem letzten Platz liegt das Saarland. Stellt man nur auf das Jahr 2004 ab, belegt Nordrhein-Westfalen den 1. Platz.

In der Gruppe der neuen Bundesländer ergeben sich wenig Änderungen. Sachsen liegt

wiederum auf dem 1. Rang. Brandenburg steigt vom 3. auf den 2. Rang auf und Mecklenburg-Vorpommern vom 2. auf den 3. Rang ab. Stellt man nur auf das Jahr 2004 ab, liegt Mecklenburg-Vorpommern auf der 5. Stelle.

4.5.3 Finanzhilfen der Bundesländer in Prozent der Gesamtausgaben

Die niedrigste Relation zwischen Finanzhilfen zu Gesamtausgaben ist wiederum in Schleswig-Holstein realisiert, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (Tabellen 10 und 11). Auf den hinteren Rängen liegen das Saarland, Baden-Württemberg und Bayern.

In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Finanzhilfen an den Gesamtausgaben deutlich höher als in den alten. Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg besitzen die geringsten Quoten. Sachsen und Sachsen-Anhalt liegen ranggleich an 3. bzw. 4. Stelle, je nachdem, welche Abgrenzung man zugrunde legt. Die höchste Quote errechnet sich für Thüringen.

Tabelle 8:

Finanzhilfen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Bundesländer (einschließlich Grenzfälle) in den Jahren 2000–2004

	2000	2001	2002	2003	2004	Summe	Rang	Rang im Jahr 2004
Baden-Württemberg	2,62	2,55	2,71	2,59	2,44	12,91	5	5
Bayern	2,58	2,51	2,63	2,41	2,43	12,55	4	4
Hessen	2,29	2,29	2,35	2,34	2,40	11,68	1	2
Niedersachsen	2,61	2,68	2,68	2,63	2,45	13,05	7	6
Nordrhein-Westfalen	2,51	2,58	2,32	2,43	2,35	12,18	3	1
Rheinland-Pfalz	2,66	2,72	2,51	2,54	2,58	13,01	6	7
Saarland	2,87	3,26	2,77	3,00	2,95	14,85	8	8
Schleswig-Holstein	2,36	2,37	2,29	2,34	2,41	11,78	2	3
Alte Flächenländer	2,54	2,55	2,52	2,48	2,42			
Brandenburg	7,30	6,83	7,37	6,73	6,03	34,26	2	2
Mecklenburg-Vorpommern	7,24	7,05	7,00	6,97	6,56	34,82	3	5
Sachsen-Anhalt	7,84	7,42	6,82	7,30	6,43	35,79	5	4
Sachsen	7,23	7,05	7,02	6,09	5,79	33,18	1	1
Thüringen	7,56	7,67	7,22	6,46	6,29	35,20	4	3
Neue Flächenländer	7,41	7,18	7,08	6,61	6,14			
Flächenländer	3,13	3,11	3,07	2,98	2,87			
Berlin	6,29	6,05	5,98	5,63	6,15	30,11	3	3
Bremen	3,07	3,07	3,06	3,11	2,73	15,04	2	2
Hamburg	1,96	1,91	1,92	1,79	1,84	9,42	1	1
Stadtstaaten	4,05	3,88	3,85	3,63	3,82			
Alle Länder	3,21	3,17	3,14	3,03	2,95			

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

Tabelle 9:

Finanzhilfen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Bundesländer (ausschließlich Grenzfälle) in den Jahren 2000–2004

	2000	2001	2002	2003	2004	Summe	Rang	Rang im Jahr 2004
Baden-Württemberg	2,43	2,40	2,53	2,43	2,27	12,06	7	6
Bayern	2,30	2,23	2,32	2,13	2,15	11,12	4	2
Hessen	2,13	2,11	2,19	2,18	2,23	10,85	3	4
Niedersachsen	2,41	2,45	2,47	2,42	2,24	11,99	6	5
Nordrhein-Westfalen	2,27	2,29	2,06	2,13	2,06	10,82	2	1
Rheinland-Pfalz	2,42	2,50	2,29	2,34	2,37	11,92	5	7
Saarland	2,68	3,10	2,61	2,83	2,78	14,01	8	8
Schleswig-Holstein	2,16	2,18	2,04	2,11	2,16	10,66	1	3
Alte Flächenländer	2,31	2,31	2,28	2,24	2,19			
Brandenburg	6,91	6,49	6,74	6,35	5,67	32,16	2	2
Mecklenburg-Vorpommern	6,66	6,55	6,54	6,51	6,12	32,39	3	5
Sachsen-Anhalt	7,35	6,95	6,34	6,81	5,99	33,45	4	4
Sachsen	6,64	6,37	6,39	5,50	5,26	30,16	1	1
Thüringen	7,25	7,37	6,89	6,15	5,98	33,64	5	3
Neue Flächenländer	6,93	6,70	6,55	6,15	5,71			
Flächenländer	2,88	2,85	2,80	2,72	2,61			
Berlin	6,06	5,78	5,76	5,42	5,93	28,94	3	3
Bremen	2,72	2,50	2,52	2,42	2,36	12,53	2	2
Hamburg	1,67	1,52	1,57	1,49	1,54	7,79	1	1
Stadtstaaten	3,77	3,52	3,53	3,32	3,54			
Alle Länder	2,95	2,90	2,86	2,77	2,69			

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder; eigene Berechnungen.

Tabelle 10:

Finanzhilfen in Prozent der Ausgaben der Länder und Gemeinden (einschließlich Grenzfälle) in den Jahren 2000–2004

	2000	2001	2002	2003	2004	Summe	Rang	Rang im Jahr 2004
Baden-Württemberg	18,22	17,34	18,91	18,36	17,77	90,59	7	7
Bayern	18,49	17,84	18,98	17,43	18,27	91,02	8	8
Hessen	15,42	15,37	16,05	15,72	16,66	79,22	5	5
Niedersachsen	15,52	15,20	15,22	15,05	14,49	75,48	3	2
Nordrhein-Westfalen	15,37	15,74	14,27	14,84	14,74	74,95	2	3
Rheinland-Pfalz	15,61	15,22	14,52	14,84	15,41	75,59	4	4
Saarland	16,07	19,16	16,22	17,30	17,48	86,23	6	6
Schleswig-Holstein	13,94	14,13	13,28	13,48	14,11	68,94	1	1
Brandenburg	26,65	24,73	26,29	24,92	22,80	125,38	2	1
Mecklenburg-Vorpommern	24,48	23,79	23,44	23,75	23,25	118,70	1	2
Sachsen-Anhalt	26,47	25,68	24,46	25,92	23,85	126,38	3	3
Sachsen	26,76	27,56	27,95	23,57	24,10	129,94	4	4
Thüringen	26,93	27,67	27,16	24,94	24,88	131,58	5	5
Berlin	23,04	20,56	21,86	20,98	23,34	109,79	3	3
Bremen	16,40	16,66	16,74	16,95	15,25	82,00	2	2
Hamburg	14,51	14,90	16,61	12,97	13,78	72,76	1	1

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.3 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle 11:

Finanzhilfen in Prozent der Ausgaben der Länder und Gemeinden (ausschließlich Grenzfälle) in den Jahren 2000–2004

	2000	2001	2002	2003	2004	Summe	Rang	Rang im Jahr 2004
Baden-Württemberg	16,93	16,34	17,65	17,23	16,49	84,65	8	7
Bayern	16,49	15,86	16,74	15,42	16,17	80,67	7	6
Hessen	14,35	14,18	14,95	14,68	15,46	73,60	5	5
Niedersachsen	14,33	13,89	14,03	13,87	13,25	69,37	4	3
Nordrhein-Westfalen	13,90	14,02	12,67	13,02	12,94	66,54	2	2
Rheinland-Pfalz	14,19	14,03	13,20	13,63	14,18	69,25	3	4
Saarland	14,98	18,21	15,28	16,37	16,51	81,35	6	8
Schleswig-Holstein	12,77	12,95	11,85	12,17	12,64	62,38	1	1
Brandenburg	25,22	23,49	24,04	23,52	21,44	117,70	2	1
Mecklenburg-Vorpommern	22,54	22,12	21,91	22,19	21,67	110,43	1	2
Sachsen-Anhalt	24,83	24,06	22,77	24,21	22,25	118,12	4	4
Sachsen	24,59	24,88	25,41	21,32	21,87	118,07	3	3
Thüringen	25,81	26,60	25,90	23,74	23,66	125,71	5	5
Berlin	22,19	19,62	21,06	20,18	22,48	105,54	3	3
Bremen	14,54	13,55	13,82	13,19	13,17	68,27	2	2
Hamburg	12,33	11,86	13,57	10,77	11,57	60,10	1	1

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 3.3 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

4.6 Finanzhilfen nach Sektoren

4.6.1 Dominanz der Sektorhilfen, Diskriminierung leistungsstarker Branchen

Untersucht man, wie sich die Finanzhilfen aller Bundesländer nach begünstigten Wirtschaftssektoren bzw. Subventionszielen verteilen, fällt auf, dass nur rund ein Zehntel des Finanzvolumens branchenübergreifend vergeben wird (Tabellen 12 und 13; Angaben in 1 000 Euro in den Tabellen A3 und A4).⁹ Neun Zehntel sind gezielte Sektorhilfen zugunsten von Unternehmen sowie an (halb-)staatliche Dienstleister.

Dabei werden innerhalb der Unternehmensförderung vor allem schrumpfende Sektoren protegiert wie die Landwirtschaft, der Schiffsbau und (in Westdeutschland) der Steinkohlebergbau. Des Weiteren kommen gezielt Binnensektoren, die vom frischen Wind des internationalen Wettbewerbs weitgehend abgeschirmt sind, in den Genuss staatlicher Förderung. Zu nennen sind öffentlicher Personennahverkehr, sozialer Wohnungsbau, Krankenhäuser, Kindergärten, Theater, Museen etc.

Pendant zur Förderung sind Diskriminierungen an anderer Stelle. Sie betreffen weite Teile des verarbeitenden Gewerbes, die sich am Weltmarkt behaupten müssen, sowie die modernen Dienstleistungen wie Beratungsdienste und Telekommunikation. Das Gros der Unternehmen geht bei der Subventionsverteilung leer aus und muss die Mittel erwirtschaften, die der Staat in die geschützten Sektoren lenkt. Hingegen herrscht in der Öffentlichkeit mitunter der Eindruck vor, der Staat verteile gleichsam mit der Gießkanne einen warmen Subventionsregen über die Unternehmenslandschaft.

Das Gewicht der Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister ist höher als das an Unternehmen und es nimmt innerhalb der betrachteten Periode zu, während die sektorspezifischen sowie branchenübergreifenden Zahlungen an Unternehmen Anteile einbüßen. Im Vergleich zum Zeitraum 1998–2001 (Rosenschon 2002: 21) fällt

⁹ Die Tabellen zu den Finanzhilfen der einzelnen Bundesländer in 1 000 Euro in sektoraler Gliederung stellt die Verfasserin auf Anfrage zur Verfügung.

innerhalb der sektoralen Struktur auf, dass beim Sektor Wohnungsvermietung deutlich weniger Finanzhilfen veranschlagt werden. Dies liegt daran, dass die Darlehensbeträge aus dem Finanzvolumen herausgenommen worden sind.

4.6.2 Sektoralisierte Finanzhilfen nach Ländergruppen im Jahr 2004

Differenziert man bei den sektoralisierten Finanzhilfen nach Ländergruppen, verschiebt sich das Strukturbild (Tabellen 14 und 15; Angaben in 1 000 Euro in den Tabellen A5–A10). Die neuen Flächenländer vergeben relativ hohe Agrarsubventionen (rund 6,5 Prozent), weil sie einen höheren Landwirtschaftsanteil haben, als dies in Westdeutschland der Fall ist. Ihre Zuschüsse zugunsten des Wohnungsbaus sind zwischen 3,5- und 4-mal so hoch wie in der alten Bundesrepublik Deutschland. Ferner werden im Beitrittsgebiet für Regional- und Strukturpolitik über 4-mal so viel Mittel eingesetzt wie in den alten Flächenländern. Auch für Umweltpolitik, Beschäftigungspolitik und für die Förderung von Qualifikationen wird hier relativ mehr ausgegeben als in den anderen Ländergruppen.

Besondere Akzente bei den Ausgaben in den alten Flächenländern liegen in den Bereichen Wasserversorgung und -entsorgung, Abfall, Fremdenverkehr, Bäder, Krankenhäuser, Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter, Sport, Freizeit, sonstige Empfänger (wie politische Stiftungen, Landwirtschaftskammern etc.).

Finanzhilfeschwerpunkte der Stadtstaaten liegen bei den Sektoren Verkehr, Wohnungsvermietung, Kindertagesstätten, Theater, Museen und sonstige Kulturanbieter.

4.6.3 Sektoralisierte Finanzhilfen nach einzelnen Ländern im Jahr 2004

Anhand der Gliederung der Hilfen nach Sektoren kann die Frage beantwortet werden, woran es liegt, dass einzelne Länder innerhalb ihrer Ländergruppe über- oder unterdurchschnittlich viel Finanzhilfen leisten.

Innerhalb der alten Bundesländer liegt Hessen bei den Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2004 auf Rang 8 (Tabelle 6 und 7). Ursächlich hierfür sind die höchsten Zahlungen an die Sektoren Ver-

Tabelle 12:

Finanzhilfen der Länder und Gemeinden (einschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (Prozent des Gesamtvolumens)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	38,78	38,29	38,25	37,85	37,65
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,20	4,19	4,70	4,88	4,58
Bergbau	1,31	1,14	1,10	1,00	1,04
Schiffbau	0,11	0,19	0,22	0,16	0,10
Verkehr	15,79	15,36	16,15	16,07	16,01
Wohnungsvermietung	8,00	7,02	6,66	6,64	6,34
Luft- und Raumfahrzeugbau	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	3,84	3,75	3,54	3,46	3,43
Fremdenverkehr, Bäder	1,92	2,06	2,11	2,13	2,15
Sonstige Sektoren	3,60	4,56	3,76	3,51	3,99
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	5,54	6,28	7,06	7,27	7,43
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	10,62	9,87	8,84	9,23	9,01
Regionalpolitik, Strukturpolitik	5,17	4,90	4,00	4,41	4,16
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0,51	0,46	0,43	0,51	0,55
Beschäftigungspolitik	2,37	2,25	2,26	2,17	2,19
Förderung von Qualifikation	0,84	0,88	0,97	0,97	0,94
Förderung von Innovationen etc.	0,62	0,58	0,48	0,52	0,49
Mittelstandsförderung	0,25	0,22	0,20	0,17	0,17
Investitionsförderung	0,06	0,07	0,06	0,06	0,05
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0,80	0,52	0,44	0,42	0,45
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	49,40	48,15	47,09	47,08	46,65
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	50,60	51,85	52,91	52,92	53,35
Krankenhäuser	8,34	9,09	8,95	8,68	9,05
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	15,34	15,35	16,12	16,32	16,33
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	8,65	8,74	9,08	9,18	9,24
Staatsforsten	1,03	0,86	0,90	0,79	0,85
Kirchen, Religionsgemeinschaften	0,82	0,85	0,86	0,89	0,90
Pflegeeinrichtungen	0,93	0,92	0,93	0,72	0,69
Sport, Freizeit	7,67	7,80	7,92	7,96	7,99
Sonstige Empfänger	7,83	8,24	8,15	8,38	8,29
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>I+IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	89,38	90,13	91,16	90,77	90,99

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle 13:

Finanzhilfen der Länder und Gemeinden (ausschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (Prozent des Gesamtvolumens)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I</i>	<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von</i>				
	<i>Unternehmen</i>				
	41,39	41,09	40,95	40,69	40,49
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei				
	4,34	4,34	4,88	5,08	4,75
	Bergbau				
	1,43	1,25	1,20	1,09	1,14
	Schiffbau				
	0,12	0,21	0,24	0,18	0,11
	Verkehr				
	17,15	16,78	17,71	17,60	17,55
	Wohnungsvermietung				
	8,52	7,48	7,15	7,12	6,80
	Luft- und Raumfahrzeugbau				
	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01
	Wasserver- und -entsorgung, Abfall				
	4,06	3,97	3,71	3,64	3,59
	Fremdenverkehr, Bäder				
	2,09	2,26	2,31	2,33	2,35
	Sonstige Sektoren				
	3,69	4,80	3,74	3,64	4,18
	<i>Nachrichtlich:</i>				
	Wohngeld				
	6,02	6,86	7,74	7,96	8,15
<i>II</i>	<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten</i>				
	<i>von Unternehmen</i>				
	11,43	10,65	9,56	10,01	9,77
	Regionalpolitik, Strukturpolitik				
	5,61	5,36	4,38	4,84	4,56
	Umwelt, rationelle Energieverwendung				
	0,55	0,50	0,47	0,56	0,61
	Beschäftigungspolitik				
	2,58	2,46	2,48	2,38	2,41
	Förderung von Qualifikation				
	0,92	0,96	1,06	1,06	1,03
	Förderung von Innovationen etc.				
	0,67	0,63	0,53	0,56	0,54
	Mittelstandsförderung				
	0,27	0,24	0,22	0,19	0,19
	Investitionsförderung				
	0,07	0,07	0,07	0,06	0,06
	Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen				
	0,76	0,43	0,36	0,35	0,38
<i>III</i>	<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>				
	<i>insgesamt</i>				
	52,83	51,74	50,51	50,70	50,26
<i>IV</i>	<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>				
	47,17	48,26	49,49	49,30	49,74
	Krankenhäuser				
	8,09	8,44	8,26	7,81	8,07
	Kindertagesstätten, Kinderkrippen				
	16,67	16,78	17,68	17,89	17,92
	Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter				
	8,30	8,48	8,78	8,93	9,03
	Staatsforsten				
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	Kirchen, Religionsgemeinschaften				
	0,69	0,72	0,73	0,77	0,77
	Pflegeeinrichtungen				
	1,01	1,01	1,02	0,79	0,76
	Sport, Freizeit				
	8,25	8,45	8,57	8,63	8,71
	Sonstige Empfänger				
	4,16	4,38	4,44	4,48	4,49
<i>V</i>	<i>Finanzhilfen insgesamt</i>				
	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>I+IV</i>	<i>Nachrichtlich:</i>				
	<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>				
	88,57	89,35	90,44	89,99	90,23

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle 14:

Finanzhilfen nach Ländergruppen und Sektoren (einschließlich Grenzfälle) im Jahr 2004 (Prozent des Gesamtvolumens)

	Alte Flächen- länder	Neue Flächen- länder	Stadtstaaten	Alle Länder
<i>I</i>				
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	34,84	42,46	44,55	37,65
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,65	6,48	0,08	4,58
Bergbau	1,35	0,63	0,00	1,04
Schiffbau	0,08	0,14	0,16	0,10
Verkehr	15,54	16,89	16,97	16,01
Wohnungsvermietung	2,65	10,36	20,38	6,34
Luft- und Raumfahrzeugbau	0,00	0,00	0,04	0,01
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	3,95	3,38	0,37	3,43
Fremdenverkehr, Bäder	2,93	0,83	0,15	2,15
Sonstige Sektoren	3,68	3,75	6,39	3,99
<i>Nachrichtlich:</i>				
Wohngeld	7,55	6,07	9,60	7,43
<i>II</i>				
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	4,94	19,49	11,41	9,01
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2,33	9,87	3,04	4,16
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0,28	1,42	0,34	0,55
Beschäftigungspolitik	1,24	4,36	3,40	2,19
Förderung von Qualifikation	0,49	2,17	1,04	0,94
Förderung von Innovationen etc.	0,26	1,17	0,44	0,49
Mittelstandsförderung	0,16	0,17	0,20	0,17
Investitionsförderung	0,00	0,21	0,03	0,05
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0,17	0,10	2,91	0,45
<i>III</i>				
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	39,78	61,95	55,95	46,65
<i>IV</i>				
<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	60,22	38,05	44,05	53,35
Krankenhäuser	10,34	6,85	5,88	9,05
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	17,45	10,99	20,98	16,33
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	9,68	7,77	9,72	9,24
Staatsforsten	0,72	1,54	0,17	0,85
Kirchen, Religionsgemeinschaften	1,06	0,67	0,37	0,90
Pflegeeinrichtungen	0,63	0,80	0,83	0,69
Sport, Freizeit	10,12	4,73	1,95	7,99
Sonstige Empfänger	10,22	4,69	4,14	8,29
<i>V</i>				
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>I+IV</i>				
<i>Nachrichtlich:</i>				
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	95,06	80,51	88,59	90,99

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle 15:

Finanzhilfen nach Ländergruppen und Sektoren (ausschließlich Grenzfälle) im Jahr 2004 (Prozent des Gesamtvolumens)

	Alte Flächen- länder	Neue Flächen- länder	Stadtstaaten	Alle Länder
<i>I</i>				
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	37,93	44,28	47,66	40,49
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,94	6,37	0,09	4,75
Bergbau	1,49	0,68	0,00	1,14
Schiffbau	0,09	0,15	0,18	0,11
Verkehr	17,21	18,16	18,29	17,55
Wohnungsvermietung	2,94	10,64	21,71	6,80
Luft- und Raumfahrzeugbau	0,01	0,00	0,04	0,01
Wasserver- und -entsorgung , Abfall	4,13	3,58	0,40	3,59
Fremdenverkehr, Bäder	3,25	0,89	0,17	2,35
Sonstige Sektoren	3,88	3,81	6,79	4,18
<i>Nachrichtlich:</i>				
Wohngeld	8,36	6,53	10,35	8,15
<i>II</i>				
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	5,47	20,97	11,27	9,77
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2,58	10,62	3,27	4,56
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0,31	1,53	0,37	0,61
Beschäftigungspolitik	1,37	4,70	3,67	2,41
Förderung von Qualifikation	0,55	2,33	1,12	1,03
Förderung von Innovationen etc.	0,29	1,26	0,47	0,54
Mittelstandsförderung	0,18	0,19	0,22	0,19
Investitionsförderung	0,00	0,23	0,04	0,06
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0,18	0,11	2,12	0,38
<i>III</i>				
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	43,40	65,25	58,93	50,26
<i>IV</i>				
<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	56,60	34,75	41,07	49,74
Krankenhäuser	9,24	6,29	4,92	8,07
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	19,33	11,83	22,61	17,92
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	9,26	7,79	10,28	9,03
Staatsforsten	0,00	0,00	0,00	0,00
Kirchen, Religionsgemeinschaften	1,18	0,00	0,00	0,77
Pflegeeinrichtungen	0,70	0,86	0,90	0,76
Sport, Freizeit	11,12	5,09	2,10	8,71
Sonstige Empfänger	5,77	2,89	0,26	4,49
<i>V</i>				
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>I+IV</i>				
<i>Nachrichtlich:</i>				
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	94,53	79,03	88,73	90,23

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

kehr, Wohnungsvermietung, für Umwelt, an Kindertagesstätten und an Kulturanbieter (Tabellen 16 und 17). Bayern ist im Jahr 2004 auf Rang 7 bzw. auf Rang 5 platziert, je nachdem ob man die Abgrenzung mit oder ohne Grenzfälle zugrunde legt. Es vergibt die meisten Hilfen für die Land- und Forstwirtschaft, für Wasserver- und -entsorgung und die Abfallwirtschaft sowie für Krankenhäuser. Ranggleich mit Bayern ist das Saarland (Rang 5 bzw. Rang 7, je nach Abgrenzung). Die Finanzhilfeschwerpunkte des Saarlands liegen bei der Regional- und Strukturpolitik sowie bei der Beschäftigungspolitik; außerdem bezuschusst es den Steinkohlebergbau. Baden-Württemberg nimmt beim Länder-ranking den 6. Platz ein. Es zahlt die höchsten Zuschüsse an den Sektor Fremdenverkehr und Bäder, für Sport und Freizeit, für Kirchen und Religionsgemeinschaften und die zweithöchsten Zuschüsse an Landwirtschaft und Forsten, an Kindertagesstätten und an Kulturanbieter. Spitzenreiter beim Ländervergleich für das Jahr 2004 ist Schleswig-Holstein (Platz 2 bzw. Platz 1), zusammen mit Niedersachsen (Platz 1 bzw. Platz 2). Besonders niedrig sind in Schleswig-Holstein die Finanzhilfen, die für Krankenhäuser, für Kindertagesstätten, für Kulturanbieter, für Sport und Freizeit und für sonstige (halbstaatliche) Empfänger ausgegeben werden. Niedersachsen tätigt relativ geringe Ausgaben für Wohnungsvermietung, für Wasserversorgung und -entsorgung sowie Abfallwirtschaft, für Krankenhäuser und für sonstige Empfänger im (halb-)staatlichen Sektor. Rheinland-Pfalz, das im Jahr 2003 den 2. Platz beim Finanzhilferang innehat, zahlt die zweitgeringsten Zuschüsse für Wasserversorgung- und -entsorgung und für Abfallwirtschaft sowie die geringsten für Krankenhäuser (Tabelle A13).¹⁰

Im Jahr 2004 liegt Sachsen-Anhalt auf Platz 5. Es vergibt innerhalb der Gruppe der neuen Bundesländer die zweithöchsten Verkehrssubventionen, die höchsten Ausgaben für Umwelt und rationelle Energieverwendung, die meisten Finanzhilfen für Qualifikation sowie für Sport und Freizeit. Das bestplatzierte Land Sachsen (Rang 2

bzw. Rang 1, je nach Abgrenzung) gibt am wenigsten für Regional- und Strukturpolitik aus sowie für Krankenhäuser und am zweitwenigsten für Beschäftigungspolitik. Dafür leistet es sich die großzügigste Kultur- und Innovationsförderung und kann trotzdem seinen Spitzenplatz halten.

Berlin nimmt den dritten Rang unter den Stadtstaaten ein. Dies liegt an den Zuschüssen für das Verkehrswesen, den sozialen Wohnungsbau und für Kindertagesstätten. Insbesondere die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau (362 bzw. 367 Euro je Einwohner) übersteigen das in Bremen (Hamburg) vorliegende Niveau um das 8,2-fache (4,8-fache). In Hamburg, das den ersten Platz unter den Stadtstaaten belegt, fallen kaum Ausgaben für Regional- und Strukturförderung an. Ferner zahlt es relativ wenig Finanzhilfen an den Verkehrssektor. Die Hafenlasten sind dabei nicht einbezogen; sie schlagen sich in der Kategorie „sonstige Empfänger“ des (halb-)staatlichen Sektors in der Abgrenzung mit Grenzfällen nieder.

4.6.4 Fazit: Flankierende Sektoranalyse für Ländervergleich erforderlich

Die Ausführungen haben gezeigt, dass sich hinter hohen oder niedrigen Finanzhilfen gänzlich unterschiedliche Strukturen verbergen können. So reflektieren etwa die Verwendungsschwerpunkte der Finanzhilfen des Saarlands Strukturschwäche, während jene des Landes Baden-Württemberg typisch für ein wohlhabendes Land sein könnte, das nicht die Option hat, Steuern zu senken. Denn es werden jene Finanzhilfen favorisiert, deren Gewicht an den gesamten Subventionen im Zuge des Entwicklungsprozesses steigt, nämlich die Zahlungen an die (halb-)staatlichen Sektoren.

Umgekehrt schlägt sich in den niedrigen Finanzhilfezahlungen des Landes Schleswig-Holstein das Diktat der leeren Kassen nieder, während Sachsen wegen der günstigen Branchenstruktur und der relativ geringen Arbeitslosigkeit die Nummer 1 in seiner Ländergruppe ist.

¹⁰ Die Finanzhilfen je Einwohner nach Bundesländern in sektoraler Gliederung für die Jahre 2000–2003 finden sich in den Anhangtabellen A11–A18.

Tabelle 16:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2004 nach Bundesländern (einschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer								Neue Flächenländer					Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	272	286	268	198	191	195	244	225	511	435	455	482	442	721	305	243
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	43	56	17	28	12	35	20	35	31	115	67	72	88	0	4	1
Bergbau	0	0	0	0	31	0	9	0	21	0	6	6	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	1	0	0	0	11	0	12	0	0	0	0	0	6
Verkehr	103	116	132	102	90	105	109	96	214	167	208	180	160	249	180	118
Wohnungsvermietung	23	13	25	10	21	17	22	10	180	67	100	122	80	367	44	76
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	41	51	47	16	3	4	17	36	8	26	37	53	50	0	17	8
Fremdenverkehr, Bäder	35	19	17	22	11	15	31	18	2	6	4	15	15	0	16	0
Sonstige Sektoren	27	30	30	19	22	19	35	18	55	43	33	34	49	105	46	32
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	34	25	47	57	75	38	58	78	60	89	69	70	52	123	106	101
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	13	33	27	36	41	35	114	31	167	251	266	180	253	147	240	74
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2	19	9	19	21	12	77	10	95	137	129	83	130	43	92	1
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0	0	8	1	2	1	2	2	2	0	57	9	10	2	14	4
Beschäftigungspolitik	3	5	3	10	12	14	20	12	57	68	6	41	83	34	56	47
Förderung von Qualifikation	5	3	5	2	3	3	7	3	2	29	69	18	7	14	7	11
Förderung von Innovationen etc.	1	2	1	3	1	2	0	2	4	6	1	25	16	6	12	0
Mittelstandsförderung	1	3	0	1	0	1	6	1	2	0	2	3	1	3	3	1
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	3	6	0	0	5	0	3	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0	2	0	1	2	2	2	1	0	5	1	0	1	44	54	10
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	284	320	295	234	232	230	358	256	678	687	721	662	695	868	545	317
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	445	433	475	333	393	376	368	312	379	446	451	413	429	547	428	516
Krankenhäuser	62	110	85	47	60	40	67	56	54	100	93	63	85	72	52	73
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	124	106	132	101	124	131	112	95	142	112	105	124	120	315	66	191
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	76	76	82	51	60	48	42	47	51	80	93	109	79	107	137	124
Staatsforsten	5	6	9	3	2	12	5	3	35	25	14	13	2	3	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	11	10	5	2	12	1	4	6	9	11	5	9	8	0	0
Pflegeeinrichtungen	5	1	2	18	2	0	0	8	16	3	15	0	16	14	13	0
Sport, Freizeit	96	54	80	56	65	63	83	53	36	57	61	56	50	25	29	17
Sonstige Empfänger	65	68	77	52	79	72	58	46	39	61	59	43	68	2	131	111
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	729	752	770	567	625	605	726	568	1 057	1 133	1 172	1 074	1 125	1 414	973	833
<i>I+IV Nachrichtlich: Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	716	719	743	530	584	571	611	537	890	881	906	894	872	1 268	733	759

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Tabelle 17:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2004 nach Bundesländern (ausschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer								Neue Flächenländer					Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	268	281	264	192	190	187	244	214	501	431	450	447	442	715	305	243
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	43	53	17	28	12	31	20	30	31	115	63	55	88	0	4	1
Bergbau	0	0	0	0	31	0	9	0	21	0	6	6	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	1	0	0	0	11	0	12	0	0	0	0	0	6
Verkehr	103	116	132	102	90	105	109	94	214	167	208	180	160	249	180	118
Wohnungsvermietung	23	13	25	10	21	17	22	10	180	67	100	105	80	362	44	76
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	37	51	47	10	3	4	17	35	8	25	37	52	50	0	17	8
Fremdenverkehr, Bäder	35	19	17	22	11	15	31	18	2	6	4	15	15	0	16	0
Sonstige Sektoren	27	28	27	19	22	15	35	16	46	40	33	34	49	103	46	32
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	34	25	47	57	75	38	58	78	60	89	69	70	52	123	106	101
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	13	33	27	36	41	35	114	31	167	251	266	180	253	129	237	72
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2	19	9	19	21	12	77	10	95	137	129	83	130	43	92	1
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0	0	8	1	2	1	2	2	2	0	57	9	10	2	14	4
Beschäftigungspolitik	3	5	3	10	12	14	20	12	57	68	6	41	83	34	56	47
Förderung von Qualifikation	5	3	5	2	3	3	7	3	2	29	69	18	7	14	7	11
Förderung von Innovationen etc.	1	2	1	3	1	2	0	2	4	6	1	25	16	6	12	0
Mittelstandsförderung	1	3	0	1	0	1	6	1	2	0	2	3	1	3	3	1
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	3	6	0	0	5	0	3	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0	2	0	1	2	2	2	1	0	5	1	0	1	26	51	8
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	280	314	291	228	231	222	358	245	668	683	717	627	695	844	542	315
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	396	352	423	290	318	336	327	264	326	373	377	348	374	519	298	384
Krankenhäuser	50	93	70	40	45	35	49	37	54	90	82	42	81	58	52	48
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	124	106	132	101	124	131	112	95	142	112	105	124	120	315	66	191
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	67	60	71	47	53	41	41	44	48	77	81	103	74	105	136	122
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	11	10	5	2	12	1	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Pflegeeinrichtungen	5	1	2	18	2	0	0	8	16	3	15	0	16	14	13	0
Sport, Freizeit	96	54	80	56	65	54	83	53	36	57	61	56	50	25	29	17
Sonstige Empfänger	43	28	58	25	27	63	42	23	30	35	33	24	33	2	3	5
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	676	666	714	518	549	557	685	509	994	1 056	1 094	975	1 070	1 362	841	700
<i>I+IV Nachrichtlich: Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	664	633	687	482	507	523	571	478	827	805	828	795	817	1234	603	627

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Tabelle 18:

Rangfolge der Bundesländer bei den Finanzhilfen (je Einwohner, in Prozent des BIP, in Prozent der Staatsausgaben) und der Wachstumsrate des BIP in den Jahren 2000–2004

	Finanzhilfen						Wachstums- rate des BIP
	je Einwohner		in Prozent des BIP		in Prozent der Staatsausgaben		
	mit Grenzfällen	ohne Grenzfälle	mit Grenzfällen	ohne Grenzfälle	mit Grenzfällen	ohne Grenzfälle	
Baden-Württemberg	7	8	5	7	7	8	2
Bayern	8	6	4	4	8	7	1
Hessen	6	7	1	3	5	5	3
Niedersachsen	3	3	7	6	3	4	8
Nordrhein-Westfalen	4	4	3	2	2	2	6
Rheinland-Pfalz	2	2	6	5	4	3	5
Saarland	5	5	8	8	6	6	4
Schleswig-Holstein	1	1	2	1	1	1	6
Brandenburg	3	3	2	2	2	2	4
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	3	3	1	1	1
Sachsen-Anhalt	5	4	5	4	3	4	2
Sachsen	1	1	1	1	4	3	1
Thüringen	4	5	4	5	5	5	3
Berlin	3	3	3	3	3	3	3
Bremen	2	2	2	2	2	2	2
Hamburg	1	1	1	1	1	1	1

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

4.7 Zum Zusammenhang zwischen der regionalen Subventionsneigung und der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts

Nach den Ausführungen zur Selektivität der Finanzhilfen würde man vermuten, dass jene Länder überdurchschnittliche (unterdurchschnittliche) Wachstumsraten aufweisen, die verhältnismäßig wenig (viel) Finanzhilfen vergeben. Stellt man für die Betrachtungsperiode jedoch die Rangfolge der Bundesländer bei der Subventionsneigung jener beim Wachstum des realen BIP gegenüber, sieht man, dass der Zusammenhang nur teilweise zu beobachten ist und dass die „paradoxen“ Fälle vorherrschen (Tabelle 18). In der Gruppe der Stadtstaaten vergibt Hamburg die geringsten Finanzhilfen und liegt auch beim Wachstum vorn, während Berlin bei beiden Indikatoren am schlechtesten abschneidet. In der Gruppe der alten Flächenländer ist es aber so, dass Länder mit hohen Finanzhilfen je Einwohner wie Baden-Württemberg, Bayern und Hessen

beim Wachstum vorne liegen. Umgekehrt nehmen Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz als „Musterländer“ in der Subventionspolitik den sechsten bzw. fünften Rang in der Wachstumshierarchie ein. In der Gruppe der neuen Bundesländer ist es ähnlich: Sachsen liegt sowohl beim Finanzhilfe- als auch beim Wachstumsranking vorn. Hingegen besetzt Sachsen-Anhalt den zweiten Rang beim BIP-Wachstum, obwohl die Finanzhilfen relativ hoch sind. Umgekehrt rangiert Mecklenburg-Vorpommern am Ende der Wachstumsskala, obwohl dem Land eine geringe Subventionsneigung zu attestieren ist.

Man sollte aus der Tatsache, dass die paradoxen Fälle dominieren, freilich nicht folgern, hohe Finanzhilfen seien wachstumsfördernd und Theorien, die das Gegenteil postulieren, seien widerlegt.¹¹ Überlegungen, wonach die Subventionspolitik das Wachstum lähmt, schließen den Einfluss anderer Faktoren nicht aus. Der negative

¹¹ Zum Einfluss der Staatsausgaben insgesamt sowie einzelner Ausgabekategorien auf das wirtschaftliche Wachstum vgl. z.B. Heitger (1998).

Zusammenhang zwischen der Höhe der Subventionen und der Wachstumsrate wird nur *ceteris paribus* postuliert. Neben den Subventionen wirken wohl diverse Faktoren auf das Wirtschaftswachstum ein. Wenn ein Land trotz relativ hoher (niedriger) Subventionen überdurchschnittlich (unterdurchschnittlich) wächst, so ist die Dominanz anderer Faktoren zu vermuten.

Einer Panelanalyse (Berthold et al. 2001) für den Zeitraum 1991–1998 zufolge sind „die Wachstumsraten um so höher, je mehr die staatlichen Ausgaben investiv verwendet werden ..., je höher der Anteil der Erwerbstätigen an den Selbstständigen ist ..., je mehr Individuen eines Altersjahrgangs einen Abschluss an einer Hochschule und Fachhochschule erwerben ... sowie je höher die Ausgaben für Hochschulen ausfallen und je größer die privaten Investitionen ausfallen ... Demgegenüber wirken sich höhere Personalausgaben der Verwaltung, höhere Leistungen im horizontalen Finanzausgleich und höhere vertikale Leistungen des Bundes an die Länder negativ auf das wirtschaftliche Wachstum aus“ (ebenda: 10). Eine Untersuchung, die neben diesen Faktoren die Finanzhilfen einbezieht, liegt bislang nicht vor.

Zu erwähnen ist in diesem Kontext auch, dass die Finanzverfassung den Ländern mit dem höchsten Wirtschaftswachstum Anreize gibt, zusätzliche Steuereinnahmen in zusätzliche Finanzhilfen umzusetzen, weil die Option versperrt ist, kompensatorisch die Steuersätze zu senken. Insofern ist es zum Teil systembedingt, wenn Bayern, Baden-Württemberg und Hessen als Finanzhilfe„sünder“ erscheinen.

5 Abschließende Bemerkungen

Nachhaltiger Subventionsabbau erfordert strukturelle Reformen. Im gegenwärtigen System des Vollzugsföderalismus (Blankart 2003) ist die Autonomie der Länder und Gemeinden in der Subventionspolitik beeinträchtigt, weil durch die

finanziellen Verflechtungen mit Bund und EU Anreize für Mitnahmeeffekte bei den offerierten Finanzhilfeprogrammen gesetzt werden oder weil Mischfinanzierungen vorgeschrieben sind. Dort, wo Kürzungsmöglichkeiten bestehen, können die potentiellen Ersparnisse nicht in niedrigere Steuern für die Region umgesetzt werden, weil das Steuerwesen weitgehend zentralistisch strukturiert ist. Auch bestehen kaum Anreize, die vorhandenen Autonomiespielräume finanzhilfesenkend zu nutzen: Denn wenn Schuldenabbau zu Zuwanderungen und somit zu zusätzlichen Steuereinnahmen führt, muss der Löwenanteil an die regionale Umverteilungskasse abgeführt werden.

Da das gegenwärtige föderale System einem echten Wettbewerb zwischen den Regionen im Wege steht und letztlich die Entwicklung moderner Produktionsstrukturen behindert, sollten die Länder und Gemeinden in die Finanzautonomie entlassen werden. Sie wären in diesem Konzept in der Steuer- und Ausgabenpolitik weitgehend unabhängig von zentralstaatlichen Normen, und sie stünden untereinander im Wettbewerb um die beste Finanzpolitik. Wettbewerbsföderalismus würde Subventionsabbau und Steuersenkungen erzwingen.

Deutschland scheint zu einer solchen Strukturreform nicht fähig zu sein, wie das Scheitern der Föderalismuskommission gezeigt hat. Deshalb wäre durch mehr Transparenz in der Subventionspolitik der Länder und Gemeinden schon etwas gewonnen, zumal die Öffentlichkeit, Wissenschaft und Politik über diese Thematik nur wenig weiß, insbesondere was den interregionalen Vergleich anlangt. Bund und Länder sollten sich auf eine für alle verbindliche und möglichst flächendeckende Finanzhilfedefinition einigen und die vereinheitlichten Finanzberichte der Länder im Internet veröffentlichen. Basis könnte etwa das Finanzhilferaster des Landes Rheinland-Pfalz sein. Die Offenlegung und interregionale Vergleichbarkeit würde wohl disziplinierend auf die Politik wirken.

Anhang

Tabelle A1:

Finanzhilfen der Bundesländer (einschließlich Grenzfälle) nach Landes- und Gemeindeebene in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004
Baden-Württemberg	7 692 966	7 785 251	8 386 244	8 086 702	7 801 907
Landesebene	3 746 375	3 187 614	3 896 406	3 752 782	3 598 001
Gemeindeebene	3 946 591	4 597 637	4 489 838	4 333 920	4 203 906
Bayern	9 096 625	9 035 624	9 769 719	9 048 075	9 351 287
Landesebene	5 157 078	4 909 515	5 554 223	5 153 153	5 328 664
Gemeindeebene	3 939 547	4 126 109	4 215 496	3 894 922	4 022 622
Hessen	4 209 004	4 310 614	4 441 838	4 445 283	4 685 108
Landesebene	1 836 231	1 894 279	1 935 476	1 932 263	2 070 562
Gemeindeebene	2 372 773	2 416 335	2 506 362	2 513 020	2 614 546
Niedersachsen	4 624 568	4 772 634	4 811 799	4 780 112	4 533 797
Landesebene	2 419 476	2 530 759	2 654 444	2 639 185	2 497 392
Gemeindeebene	2 205 092	2 241 875	2 157 355	2 140 927	2 036 405
Nordrhein-Westfalen	11 227 688	11 809 179	10 838 419	11 420 848	11 295 624
Landesebene	6 050 059	6 314 411	5 717 849	5 958 432	5 886 744
Gemeindeebene	5 177 629	5 494 768	5 120 570	5 462 416	5 408 880
Rheinland-Pfalz	2 385 917	2 431 096	2 310 933	2 368 629	2 456 612
Landesebene	1 468 489	1 474 762	1 371 412	1 420 131	1 461 460
Gemeindeebene	917 428	956 334	939 521	948 498	995 152
Saarland	698 304	822 610	702 045	756 343	768 302
Landesebene	425 804	539 781	414 967	448 303	455 372
Gemeindeebene	272 500	282 829	287 078	308 040	312 930
Schleswig-Holstein	1 488 829	1 533 770	1 478 329	1 524 236	1 605 528
Landesebene	769 935	807 214	788 887	809 717	855 125
Gemeindeebene	718 894	726 556	689 442	714 519	750 403
Alte Flächenländer	41 423 901	42 500 778	42 739 326	42 430 228	42 498 165
Landesebene	21 873 447	21 658 335	22 333 664	22 113 966	22 153 320
Gemeindeebene	19 550 454	20 842 443	20 405 661	20 316 262	20 344 845
Brandenburg	3 177 984	2 990 134	3 239 914	2 980 736	2 715 160
Landesebene	2 401 001	2 245 749	2 524 138	2 319 291	2 109 716
Gemeindeebene	776 983	744 385	715 776	661 445	605 444
Mecklenburg-Vorpommern	2 090 228	2 040 892	2 053 075	2 046 016	1 954 975
Landesebene	1 640 764	1 578 133	1 582 707	1 574 780	1 502 219
Gemeindeebene	449 464	462 759	470 368	471 236	452 756
Sachsen-Anhalt	3 284 820	3 174 930	3 011 737	3 278 460	2 943 091
Landesebene	2 414 867	2 276 529	2 130 294	2 322 703	2 080 183
Gemeindeebene	869 953	898 401	881 443	955 757	862 908
Sachsen	5 265 431	5 221 002	5 359 960	4 743 590	4 625 699
Landesebene	3 866 837	3 928 977	3 938 769	3 488 372	3 399 810
Gemeindeebene	1 398 594	1 292 025	1 421 191	1 255 217	1 225 889
Thüringen	3 005 769	3 096 629	2 948 016	2 680 513	2 660 217
Landesebene	2 305 977	2 424 160	2 283 328	2 076 168	2 059 390
Gemeindeebene	699 792	672 469	664 688	604 345	600 827
Neue Flächenländer	16 824 232	16 523 587	16 612 701	15 729 315	14 899 141
Landesebene	12 629 446	12 453 548	12 459 236	11 781 314	11 151 318
Gemeindeebene	4 194 786	4 070 039	4 153 465	3 948 001	3 747 823
Flächenländer	58 248 134	59 024 365	59 352 027	58 159 543	57 397 306
Landesebene	34 502 894	34 111 883	34 792 901	33 895 280	33 304 638
Gemeindeebene	23 745 240	24 912 482	24 559 126	24 264 263	24 092 668
Berlin	4 816 940	4 642 519	4 601 416	4 325 641	4 790 589
Bremen	678 051	697 918	705 443	720 967	644 623
Hamburg	1 409 323	1 425 548	1 459 111	1 375 603	1 447 153
Stadtstaaten	6 904 314	6 765 985	6 765 970	6 422 211	6 882 365
Alle Länder	65 152 448	65 790 350	66 117 997	64 581 754	64 279 671

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A2:

Finanzhilfen der Bundesländer (ausschließlich Grenzfälle) nach Landes- und Gemeindeebene in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	2000	2001	2002	2003	2004
Baden-Württemberg	7 148 162	7 338 944	7 828 221	7 590 880	7 242 981
Landesebene	3 410 469	2 968 854	3 589 742	3 499 590	3 274 426
Gemeindeebene	3 737 693	4 370 090	4 238 479	4 091 290	3 968 555
Bayern	8 111 874	8 030 307	8 615 494	8 000 684	8 277 542
Landesebene	4 590 513	4 342 920	4 871 273	4 541 198	4 704 631
Gemeindeebene	3 521 361	3 687 387	3 744 221	3 459 486	3 572 910
Hessen	3 915 199	3 977 319	4 135 381	4 149 488	4 347 986
Landesebene	1 695 568	1 728 673	1 754 445	1 762 227	1 864 280
Gemeindeebene	2 219 631	2 248 646	2 380 936	2 387 261	2 483 706
Niedersachsen	4 269 047	4 359 386	4 436 933	4 404 073	4 146 929
Landesebene	2 201 691	2 257 646	2 394 875	2 377 565	2 219 356
Gemeindeebene	2 067 356	2 101 740	2 042 058	2 026 508	1 927 573
Nordrhein-Westfalen	10 157 168	10 514 433	9 626 424	10 017 004	9 917 440
Landesebene	5 906 975	5 920 307	5 438 492	5 549 488	5 493 710
Gemeindeebene	4 250 193	4 594 126	4 187 932	4 467 516	4 423 730
Rheinland-Pfalz	2 169 618	2 241 645	2 102 231	2 176 281	2 261 799
Landesebene	1 348 102	1 364 906	1 234 837	1 300 599	1 343 044
Gemeindeebene	821 516	876 739	867 394	875 682	918 755
Saarland	650 899	781 774	661 364	715 718	725 578
Landesebene	398 289	516 907	389 224	423 707	428 932
Gemeindeebene	252 610	264 867	272 140	292 011	296 646
Schleswig-Holstein	1 363 895	1 405 749	1 319 193	1 376 037	1 438 144
Landesebene	710 478	742 817	691 649	725 668	755 112
Gemeindeebene	653 417	662 932	627 544	650 369	683 032
Alte Flächenländer	37 785 862	38 649 558	38 725 241	38 430 165	38 358 398
Landesebene	20 262 085	19 843 031	20 364 537	20 180 042	20 083 491
Gemeindeebene	17 523 777	18 806 527	18 360 704	18 250 123	18 274 907
Brandenburg	3 008 339	2 840 183	2 962 661	2 812 716	2 552 220
Landesebene	2 263 604	2 125 053	2 273 367	2 175 743	1 969 176
Gemeindeebene	744 735	715 130	689 294	636 973	583 044
Mecklenburg-Vorpommern	1 924 774	1 897 785	1 919 109	1 911 451	1 822 599
Landesebene	1 503 070	1 462 198	1 473 011	1 464 530	1 393 204
Gemeindeebene	421 704	435 587	446 098	446 921	429 395
Sachsen-Anhalt	3 082 235	2 974 091	2 803 126	3 062 168	2 745 903
Landesebene	2 260 651	2 124 687	1 975 784	2 165 073	1 935 958
Gemeindeebene	821 584	849 404	827 342	897 095	809 945
Sachsen	4 838 497	4 713 468	4 872 390	4 290 588	4 197 413
Landesebene	3 516 504	3 492 948	3 504 040	3 082 040	3 017 103
Gemeindeebene	1 321 993	1 220 520	1 368 350	1 208 548	1 180 310
Thüringen	2 880 836	2 976 726	2 811 558	2 550 855	2 529 849
Landesebene	2 232 122	2 359 040	2 206 920	2 001 108	1 983 303
Gemeindeebene	648 714	617 686	604 638	549 747	546 546
Neue Flächenländer	15 734 682	15 402 253	15 368 844	14 627 779	13 847 983
Landesebene	11 775 952	11 563 926	11 433 122	10 888 494	10 298 744
Gemeindeebene	3 958 730	3 838 327	3 935 722	3 739 285	3 549 239
Flächenländer	53 520 544	54 051 811	54 094 086	53 057 944	52 206 382
Landesebene	32 038 037	31 406 957	31 797 660	31 068 536	30 382 235
Gemeindeebene	21 482 507	22 644 854	22 296 426	21 989 408	21 824 146
Berlin	4 639 219	4 430 193	4 432 557	4 160 970	4 614 642
Bremen	600 822	567 735	582 515	560 963	556 944
Hamburg	1 197 661	1 134 381	1 192 565	1 142 538	1 215 246
Stadtstaaten	6 437 702	6 132 309	6 207 637	5 864 471	6 386 832
Alle Länder	59 958 246	60 184 120	60 301 723	58 922 415	58 593 214

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A3:

Finanzhilfen der Länder und Gemeinden (einschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	25 266 715	25 190 116	25 291 803	24 445 797	24 199 448
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 737 410	2 753 342	3 107 901	3 151 217	2 945 630
Bergbau	854 781	751 916	726 118	643 380	667 142
Schiffbau	74 254	126 799	146 170	104 767	66 782
Verkehr	10 288 831	10 107 733	10 681 284	10 378 749	10 290 930
Wohnungsvermietung	5 212 744	4 621 536	4 405 569	4 285 244	4 073 351
Luft- und Raumfahrzeugbau	615	2 504	4 815	5 593	4 720
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	2 500 092	2 466 003	2 338 665	2 236 302	2 206 587
Fremdenverkehr, Bäder	1 251 444	1 358 231	1 394 512	1 375 429	1 380 049
Sonstige Sektoren	2 346 544	3 002 052	2 486 769	2 265 116	2 564 258
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	3 609 967	4 129 862	4 668 393	4 692 508	4 774 151
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	6 920 828	6 491 144	5 842 305	5 961 450	5 789 672
Regionalpolitik, Strukturpolitik	3 366 165	3 226 228	2 641 925	2 849 465	2 671 566
Umwelt, rationelle Energieverwendung	331 943	300 336	283 306	332 580	354 619
Beschäftigungspolitik	1 545 517	1 479 018	1 494 662	1 403 621	1 410 001
Förderung von Qualifikation	548 896	578 689	641 366	626 907	604 125
Förderung von Innovationen etc.	403 122	380 786	318 225	332 646	316 192
Mittelstandsförderung	162 013	143 957	132 478	110 508	109 795
Investitionsförderung	39 872	42 968	39 659	37 694	35 023
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	523 302	339 164	290 684	268 029	288 351
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	32 187 543	31 681 261	31 134 108	30 407 247	29 989 120
<i>IV Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	32 964 905	34 109 090	34 983 888	34 174 508	34 290 551
Krankenhäuser	5 430 626	5 978 225	5 918 766	5 607 175	5 817 787
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	9 993 703	10 099 663	10 659 092	10 539 608	10 498 272
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	5 634 098	5 748 872	6 001 742	5 925 461	5 940 706
Staatsforsten	670 423	563 815	597 749	507 076	547 762
Kirchen, Religionsgemeinschaften	534 057	558 740	569 251	576 876	577 379
Pflegeeinrichtungen	603 232	608 142	617 530	465 309	444 026
Sport, Freizeit	4 999 582	5 132 828	5 233 650	5 143 912	5 137 567
Sonstige Empfänger	5 099 183	5 418 804	5 386 108	5 409 091	5 327 053
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	65 152 448	65 790 350	66 117 997	64 581 754	64 279 671
<i>I+IV Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	58 231 619	59 299 206	60 275 692	58 620 304	58 489 999

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A4:

Finanzhilfen der Länder und Gemeinden (ausschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	24 819 487	24 732 021	24 694 483	23 975 119	23 725 861
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 600 305	2 610 864	2 941 864	2 993 830	2 781 821
Bergbau	854 781	751 916	726 118	643 380	667 142
Schiffbau	74 254	126 799	146 170	104 767	66 782
Verkehr	10 285 421	10 100 534	10 677 777	10 370 044	10 285 030
Wohnungsvermietung	5 106 412	4 501 321	4 310 931	4 195 333	3 986 256
Luft- und Raumfahrzeugbau	615	2 504	4 815	5 593	4 720
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	2 433 523	2 389 447	2 238 095	2 144 174	2 104 346
Fremdenverkehr, Bäder	1 250 882	1 357 669	1 393 942	1 374 829	1 379 479
Sonstige Sektoren	2 213 295	2 890 967	2 254 771	2 143 169	2 450 286
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	3 609 967	4 129 862	4 668 393	4 692 508	4 774 151
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	6 855 264	6 409 979	5 765 643	5 897 393	5 722 726
Regionalpolitik, Strukturpolitik	3 366 165	3 226 228	2 641 925	2 849 465	2 671 566
Umwelt, rationelle Energieverwendung	331 943	300 336	283 200	332 580	354 619
Beschäftigungspolitik	1 545 517	1 479 018	1 494 662	1 403 621	1 410 001
Förderung von Qualifikation	548 896	578 689	641 366	626 907	604 125
Förderung von Innovationen etc.	403 122	380 786	318 225	332 646	316 192
Mittelstandsförderung	162 013	143 957	132 478	110 508	109 795
Investitionsförderung	39 872	42 968	39 659	37 694	35 023
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	457 738	257 999	214 128	203 972	221 405
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	31 674 752	31 142 001	30 460 126	29 872 512	29 448 587
<i>IV Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	28 283 494	29 042 119	29 841 596	29 049 904	29 144 627
Krankenhäuser	4 852 051	5 079 543	4 983 792	4 603 926	4 730 008
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	9 993 703	10 099 663	10 659 092	10 539 608	10 498 272
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	4 978 181	5 102 226	5 295 147	5 262 167	5 288 173
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	412 602	433 627	440 411	452 804	452 052
Pflegeeinrichtungen	603 232	608 142	617 530	465 309	444 026
Sport, Freizeit	4 948 982	5 084 595	5 169 812	5 084 009	5 102 667
Sonstige Empfänger	2 494 742	2 634 322	2 675 812	2 642 081	2 629 428
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	59 958 246	60 184 120	60 301 723	58 922 415	58 593 214
<i>I+IV Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	53 102 981	53 774 140	54 536 080	53 025 022	52 870 488

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A5:

Finanzhilfen der Stadtstaaten (einschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	3 118 808	2 980 383	2 953 426	2 781 794	3 065 873
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6 701	5 685	6 233	7 432	5 640
Bergbau	0	0	0	0	0
Schiffbau	22 110	19 593	18 238	8 181	11 181
Verkehr	1 210 871	1 078 588	1 193 201	1 154 793	1 167 978
Wohnungsvermietung	1 603 452	1 572 798	1 504 544	1 455 813	1 402 507
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	199	2 514	3 493	2 620
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	36 493	31 516	23 091	22 129	25 548
Fremdenverkehr, Bäder	9 363	9 299	4 928	2 060	10 585
Sonstige Sektoren	229 818	262 705	200 677	127 893	439 814
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	594 497	674 746	755 942	603 701	660 951
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	883 263	763 226	719 511	744 920	784 944
Regionalpolitik, Strukturpolitik	273 089	180 791	168 190	192 315	209 096
Umwelt, rationelle Energieverwendung	43 641	28 649	19 550	21 755	23 580
Beschäftigungspolitik	246 972	258 890	272 256	256 516	234 084
Förderung von Qualifikation	73 698	83 505	85 512	72 732	71 583
Förderung von Innovationen etc.	51 321	24 024	9 895	19 366	29 958
Mittelstandsförderung	14 872	16 052	13 677	11 655	13 771
Investitionsförderung	4 869	9 068	7 719	5 381	2 309
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	174 801	162 247	142 712	165 200	200 563
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	4 002 071	3 743 609	3 672 937	3 526 714	3 850 817
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	2 902 243	3 022 376	3 093 033	2 895 497	3 031 548
Krankenhäuser	467 059	450 280	484 485	358 692	404 554
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1 338 164	1 332 970	1 396 799	1 346 685	1 443 857
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	652 896	658 643	645 199	625 768	669 263
Staatsforsten	9 567	13 121	12 246	11 762	11 841
Kirchen, Religionsgemeinschaften	25 144	26 481	25 194	26 446	25 474
Pflegeeinrichtungen	46 975	8 497	40 297	33 427	57 205
Sport, Freizeit	128 943	150 780	144 477	122 498	134 425
Sonstige Empfänger	233 495	381 604	344 336	370 219	284 929
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	6 904 314	6 765 985	6 765 970	6 422 211	6 882 365
<i>I+IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	6 021 051	6 002 759	6 046 459	5 677 291	6 097 421

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A6:

Finanzhilfen der Stadtstaaten (ausschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	3 083 293	2 916 399	2 927 492	2 765 922	3 044 055
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6 701	5 685	6 233	7 432	5 640
Bergbau	0	0	0	0	0
Schiffbau	22 110	19 593	18 238	8 181	11 181
Verkehr	1 210 755	1 074 050	1 193 201	1 154 793	1 167 978
Wohnungsvermietung	1 576 946	1 548 755	1 486 421	1 444 992	1 386 562
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	199	2 514	3 493	2 620
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	36 493	31 516	23 091	22 129	25 548
Fremdenverkehr, Bäder	9 363	9 299	4 928	2 060	10 585
Sonstige Sektoren	220 925	227 302	192 866	122 842	433 941
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	594 497	674 746	755 942	603 701	660 951
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	831 710	695 886	656 428	682 643	719 778
Regionalpolitik, Strukturpolitik	273 089	180 791	168 190	192 315	209 096
Umwelt, rationelle Energieverwendung	43 641	28 649	19 550	21 755	23 580
Beschäftigungspolitik	246 972	258 890	272 256	256 516	234 084
Förderung von Qualifikation	73 698	83 505	85 512	72 732	71 583
Förderung von Innovationen etc.	51 321	24 024	9 895	19 366	29 958
Mittelstandsförderung	14 872	16 052	13 677	11 655	13 771
Investitionsförderung	4 869	9 068	7 719	5 381	2 309
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	123 248	94 907	79 629	102 923	135 397
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	3 915 003	3 612 285	3 583 920	3 448 565	3 763 833
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	2 522 699	2 520 024	2 623 717	2 415 906	2 622 999
Krankenhäuser	350 219	364 300	393 402	283 845	313 979
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1 338 164	1 332 970	1 396 799	1 346 685	1 443 857
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	638 975	644 564	630 789	611 890	656 682
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	508	712	0	102	0
Pflegeeinrichtungen	46 975	8 497	40 297	33 427	57 205
Sport, Freizeit	128 943	150 780	144 477	122 498	134 425
Sonstige Empfänger	18 915	18 201	17 953	17 459	16 851
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	6 437 702	6 132 309	6 207 637	5 864 471	6 386 832
<i>I+IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	5 605 992	5 436 423	5 551 209	5 181 828	5 667 054

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A7:

Finanzhilfen der alten Flächenländer (einschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	15 248 765	15 718 745	15 496 374	15 040 791	14 806 738
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 898 448	1 914 516	2 086 110	2 036 037	1 974 905
Bergbau	687 687	605 464	574 218	533 655	572 929
Schiffbau	48 460	75 816	92 303	62 891	35 177
Verkehr	6 670 633	6 577 913	6 860 151	6 693 279	6 605 976
Wohnungsvermietung	1 434 407	1 369 283	1 271 616	1 262 096	1 126 760
Luft- und Raumfahrzeugbau	615	2 305	2 301	2 100	2 100
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	2 060 499	1 986 087	1 780 340	1 627 648	1 677 086
Fremdenverkehr, Bäder	967 382	1 069 893	1 256 285	1 246 673	1 246 394
Sonstige Sektoren	1 480 634	2 117 468	1 573 050	1 576 412	1 565 410
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	2 247 404	2 608 297	2 969 013	3 193 389	3 208 500
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	2 354 923	2 260 771	1 993 721	2 175 934	2 101 043
Regionalpolitik, Strukturpolitik	967 461	1 065 904	754 261	955 201	991 362
Umwelt, rationelle Energieverwendung	154 676	132 378	124 535	131 576	118 976
Beschäftigungspolitik	494 705	496 113	562 631	560 088	525 573
Förderung von Qualifikation	129 391	136 780	202 635	221 467	209 514
Förderung von Innovationen etc.	179 218	170 801	140 074	139 404	112 022
Mittelstandsförderung	101 988	101 960	76 071	73 252	70 070
Investitionsförderung	2 549	3 625	1 602	3 115	820
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	324 935	153 212	131 912	91 831	72 706
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	17 603 687	17 979 517	17 490 095	17 216 725	16 907 781
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	23 820 214	24 521 262	25 249 231	25 213 503	25 590 384
Krankenhäuser	3 910 334	4 272 754	4 157 066	4 178 980	4 392 697
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	6 860 449	6 933 738	7 334 534	7 357 445	7 416 496
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	3 735 478	3 838 732	4 118 101	4 109 820	4 113 867
Staatsforsten	430 769	314 958	347 589	268 039	306 710
Kirchen, Religionsgemeinschaften	409 793	430 082	439 949	450 662	451 909
Pflegeeinrichtungen	287 626	242 972	259 187	268 209	267 081
Sport, Freizeit	4 028 991	4 171 181	4 294 565	4 270 097	4 298 918
Sonstige Empfänger	4 156 772	4 316 844	4 298 239	4 310 251	4 342 706
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	41 423 901	42 500 778	42 739 326	42 430 228	42 498 165
<i>I+IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	39 068 979	40 240 007	40 745 605	40 254 294	40 397 122

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A8:

Finanzhilfen der alten Flächenländer (ausschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	<i>15 053 578</i>	<i>15 534 368</i>	<i>15 265 680</i>	<i>14 806 268</i>	<i>14 549 671</i>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 831 052	1 854 572	1 997 076	1 960 736	1 893 415
Bergbau	687 687	605 464	574 218	533 655	572 929
Schiffbau	48 460	75 816	92 303	62 891	35 177
Verkehr	6 670 263	6 575 842	6 858 248	6 689 552	6 601 649
Wohnungsvermietung	1 434 407	1 369 283	1 271 616	1 262 096	1 126 760
Luft- und Raumfahrzeugbau	615	2 305	2 301	2 100	2 100
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	1 998 347	1 914 437	1 705 325	1 545 698	1 583 584
Fremdenverkehr, Bäder	966 820	1 069 331	1 255 715	1 246 073	1 245 824
Sonstige Sektoren	1 415 927	2 067 318	1 508 878	1 503 467	1 488 232
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	2 247 404	2 608 297	2 969 013	3 193 389	3 208 500
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	<i>2 340 912</i>	<i>2 246 946</i>	<i>1 980 248</i>	<i>2 174 154</i>	<i>2 099 263</i>
Regionalpolitik, Strukturpolitik	967 461	1 065 904	754 261	955 201	991 362
Umwelt, rationelle Energieverwendung	154 676	132 378	124 535	131 576	118 976
Beschäftigungspolitik	494 705	496 113	562 631	560 088	525 573
Förderung von Qualifikation	129 391	136 780	202 635	221 467	209 514
Förderung von Innovationen etc.	179 218	170 801	140 074	139 404	112 022
Mittelstandsförderung	101 988	101 960	76 071	73 252	70 070
Investitionsförderung	2 549	3 625	1 602	3 115	820
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	310 924	139 387	118 439	90 051	70 926
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	<i>17 394 489</i>	<i>17 781 315</i>	<i>17 245 928</i>	<i>16 980 422</i>	<i>16 648 934</i>
<i>IV Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	<i>20 391 373</i>	<i>20 868 243</i>	<i>21 479 313</i>	<i>21 449 743</i>	<i>21 709 464</i>
Krankenhäuser	3 563 970	3 622 787	3 479 371	3 414 058	3 544 567
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	6 860 449	6 933 738	7 334 534	7 357 445	7 416 496
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	3 193 040	3 289 929	3 506 653	3 544 568	3 552 651
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	409 793	430 082	438 949	450 662	451 809
Pflegeeinrichtungen	287 626	242 972	259 187	268 209	267 081
Sport, Freizeit	3 978 391	4 122 948	4 230 727	4 210 194	4 264 018
Sonstige Empfänger	2 098 103	2 225 786	2 229 892	2 204 608	2 212 843
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	<i>37 785 862</i>	<i>38 649 558</i>	<i>38 725 241</i>	<i>38 430 165</i>	<i>38 358 398</i>
<i>I+IV Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	<i>35 444 950</i>	<i>36 402 611</i>	<i>36 744 993</i>	<i>36 256 011</i>	<i>36 259 135</i>

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A9:

Finanzhilfen der neuen Flächenländer (einschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	6 899 142	6 490 988	6 842 003	6 623 211	6 326 836
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	832 261	833 141	1 015 558	1 107 748	965 084
Bergbau	167 094	146 452	151 900	109 725	94 213
Schiffbau	3 684	31 390	35 629	33 695	20 424
Verkehr	2 407 327	2 451 232	2 627 932	2 530 677	2 516 976
Wohnungsvermietung	2 174 885	1 679 455	1 629 409	1 567 335	1 544 084
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	403 099	448 400	535 234	586 525	503 952
Fremdenverkehr, Bäder	274 699	279 039	133 299	126 695	123 070
Sonstige Sektoren	636 093	621 879	713 042	560 811	559 033
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	768 067	846 819	943 438	895 418	904 700
<i>II</i>					
<i>Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	3 682 643	3 467 147	3 129 073	3 040 596	2 903 685
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2 125 615	1 979 533	1 719 474	1 701 949	1 471 108
Umwelt, rationelle Energieverwendung	133 625	139 309	139 221	179 249	212 063
Beschäftigungspolitik	803 840	724 015	659 775	587 017	650 344
Förderung von Qualifikation	345 807	358 404	353 219	332 708	323 028
Förderung von Innovationen etc.	172 583	185 961	168 256	173 876	174 212
Mittelstandsförderung	45 153	25 945	42 730	25 601	25 954
Investitionsförderung	32 454	30 275	30 338	29 198	31 894
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	23 566	23 705	16 060	10 998	15 082
<i>III</i>					
<i>Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	10 581 785	9 958 135	9 971 076	9 663 807	9 230 521
<i>IV</i>					
<i>Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	6 242 448	6 565 452	6 641 625	6 065 508	5 668 620
Krankenhäuser	1 053 232	1 255 191	1 277 215	1 069 503	1 020 536
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1 795 091	1 832 955	1 927 759	1 835 478	1 637 920
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	1 245 724	1 251 497	1 238 442	1 189 872	1 157 576
Staatsforsten	230 087	235 736	237 914	227 275	229 211
Kirchen, Religionsgemeinschaften	99 120	102 177	104 108	99 769	99 995
Pflegeeinrichtungen	268 630	356 673	318 046	163 673	119 740
Sport, Freizeit	841 648	810 867	794 608	751 317	704 224
Sonstige Empfänger	708 916	720 356	743 533	728 622	699 417
<i>V</i>					
<i>Finanzhilfen insgesamt</i>	16 824 232	16 523 587	16 612 701	15 729 315	14 899 141
<i>I+IV</i>					
<i>Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	13 141 590	13 056 440	13 483 628	12 688 719	11 995 456

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A10:

Finanzhilfen der neuen Flächenländer (ausschließlich Grenzfälle) nach Sektoren bzw. Subventionszielen in den Jahren 2000–2004 (1 000 Euro)

	Ist 2000	Ist 2001	Ist 2002	Soll 2003	Soll 2004
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	6 682 617	6 281 254	6 501 311	6 402 928	6 132 134
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	762 551	750 607	938 555	1 025 662	882 765
Bergbau	167 094	146 452	151 900	109 725	94 213
Schiffbau	3 684	31 390	35 629	33 695	20 424
Verkehr	2 404 403	2 450 642	2 626 328	2 525 699	2 515 403
Wohnungsvermietung	2 095 059	1 583 283	1 552 894	1 488 245	1 472 934
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	398 682	443 494	509 679	576 347	495 213
Fremdenverkehr, Bäder	274 699	279 039	133 299	126 695	123 070
Sonstige Sektoren	576 444	596 347	553 027	516 860	528 112
<i>Nachrichtlich:</i>					
Wohngeld	768 067	846 819	943 438	895 418	904 700
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	3 682 643	3 467 147	3 128 967	3 040 596	2 903 685
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2 125 615	1 979 533	1 719 474	1 701 949	1 471 108
Umwelt, rationelle Energieverwendung	133 625	139 309	139 115	179 249	212 063
Beschäftigungspolitik	803 840	724 015	659 775	587 017	650 344
Förderung von Qualifikation	345 807	358 404	353 219	332 708	323 028
Förderung von Innovationen etc.	172 583	185 961	168 256	173 876	174 212
Mittelstandsförderung	45 153	25 945	42 730	25 601	25 954
Investitionsförderung	32 454	30 275	30 338	29 198	31 894
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	23 566	23 705	16 060	10 998	15 082
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	10 365 259	9 748 401	9 630 278	9 443 524	9 035 819
<i>IV Finanzhilfen an (halb-)staatliche Dienstleister</i>	5 369 422	5 653 852	5 738 566	5 184 254	4 812 164
Krankenhäuser	937 862	1 092 456	1 111 019	906 023	871 462
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	1 795 091	1 832 955	1 927 759	1 835 478	1 637 920
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	1 146 167	1 167 733	1 157 705	1 105 709	1 078 840
Staatsforsten	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	2 301	2 833	1 462	2 040	243
Pflegeeinrichtungen	268 630	356 673	318 046	163 673	119 740
Sport, Freizeit	841 648	810 867	794 608	751 317	704 224
Sonstige Empfänger	377 724	390 335	427 967	420 015	399 735
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	15 734 682	15 402 253	15 368 844	14 627 779	13 847 983
<i>I+IV Nachrichtlich:</i>					
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	12 052 039	11 935 106	12 239 877	11 587 183	10 944 298

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Tabelle A11:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2003 nach Bundesländern (einschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer									Neue Flächenländer				Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	289	281	259	214	194	195	242	218	543	467	499	490	431	634	356	227
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	47	57	17	30	13	34	22	31	65	128	81	73	82	1	4	1
Bergbau	0	0	0	0	29	0	6	0	22	0	11	6	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	3	0	0	0	13	0	19	0	0	0	0	0	5
Verkehr	104	116	128	108	93	108	108	95	219	170	207	179	156	240	195	122
Wohnungsvermietung	29	13	26	13	23	16	27	10	175	68	103	127	80	375	62	82
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	44	46	42	16	3	4	17	36	9	28	54	60	49	0	8	10
Fremdenverkehr, Bäder	37	19	17	23	11	13	27	18	3	6	4	15	15	0	3	0
Sonstige Sektoren	27	30	29	21	23	18	35	17	50	49	39	30	49	19	83	5
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	31	25	54	59	75	30	56	76	59	85	69	70	50	109	105	95
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	14	34	31	38	42	40	105	28	194	266	254	180	276	129	227	90
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2	19	10	19	19	8	67	7	123	156	124	104	147	41	78	1
Umwelt, rationelle Energieverwendung	1	0	8	1	3	2	3	2	2	0	44	9	10	3	10	3
Beschäftigungspolitik	4	5	4	10	13	19	21	12	57	66	9	21	87	36	59	55
Förderung von Qualifikation	5	3	6	2	3	3	5	3	2	26	71	19	8	12	7	15
Förderung von Innovationen etc.	1	2	2	5	2	3	0	2	4	7	3	24	17	3	15	0
Mittelstandsförderung	1	3	0	0	1	1	6	1	1	0	3	3	1	1	9	1
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	2	6	0	0	5	0	8	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0	2	0	1	2	5	2	1	0	4	0	0	1	34	42	13
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	303	315	290	252	236	234	347	246	736	733	753	669	706	764	584	317
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	454	413	440	347	395	350	364	295	421	444	540	425	419	512	504	477
Krankenhäuser	64	99	67	50	60	39	65	48	54	97	96	73	85	62	48	68
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	128	102	127	104	125	119	104	91	150	112	172	123	120	302	56	166
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	77	75	76	54	61	47	41	45	54	81	97	111	78	103	121	113
Staatsforsten	2	6	8	3	2	12	5	3	35	22	15	12	2	3	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	11	9	5	2	12	1	4	6	9	10	6	8	8	0	0
Pflegeeinrichtungen	5	1	2	17	2	0	9	7	33	3	20	0	9	8	12	0
Sport, Freizeit	100	51	77	59	64	59	81	51	45	59	66	57	50	25	25	12
Sonstige Empfänger	67	67	74	54	80	62	57	44	44	61	64	44	66	1	243	118
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	757	728	730	598	632	584	711	541	1 157	1 177	1 293	1 094	1 125	1 275	1 088	794
<i>I+IV Nachrichtlich:</i>																
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	743	694	699	561	590	544	606	513	963	912	1 039	915	850	1 146	861	704

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Tabelle A12:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2003 nach Bundesländern (ausschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer									Neue Flächenländer				Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	286	276	255	209	193	187	242	208	532	460	490	453	431	630	356	227
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	47	54	17	30	12	31	22	26	65	128	76	57	82	1	4	1
Bergbau	0	0	0	0	29	0	6	0	22	0	11	6	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	3	0	0	0	13	0	19	0	0	0	0	0	5
Verkehr	104	116	128	108	93	108	108	93	218	170	206	179	156	240	195	122
Wohnungsvermietung	29	13	26	13	23	16	27	10	175	68	103	108	80	372	62	82
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	41	46	42	11	3	4	17	34	9	27	54	58	49	0	8	10
Fremdenverkehr, Bäder	37	19	17	23	11	13	27	18	3	6	4	15	15	0	3	0
Sonstige Sektoren	27	27	26	21	23	15	35	15	40	43	37	30	49	17	83	5
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	31	25	54	59	75	30	56	76	59	85	69	70	50	109	105	95
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	14	34	31	38	42	40	105	28	194	266	254	180	276	113	227	86
Regionalpolitik, Strukturpolitik	2	19	10	19	19	8	67	7	123	156	124	104	147	41	78	1
Umwelt, rationelle Energieverwendung	1	0	8	1	3	2	3	2	2	0	44	9	10	3	10	3
Beschäftigungspolitik	4	5	4	10	13	19	21	12	57	66	9	21	87	36	59	55
Förderung von Qualifikation	5	3	6	2	3	3	5	3	2	26	71	19	8	12	7	15
Förderung von Innovationen etc.	1	2	2	5	2	3	0	2	4	7	3	24	17	3	15	0
Mittelstandsförderung	1	3	0	0	1	1	6	1	1	0	3	3	1	1	9	1
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	2	6	0	0	5	0	8	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	0	2	0	1	2	5	2	1	0	4	0	0	1	17	42	9
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	300	310	287	246	236	227	347	236	725	726	745	633	706	743	583	314
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	411	334	395	305	319	310	326	252	367	374	463	357	364	484	263	346
Krankenhäuser	55	83	57	44	45	35	49	34	54	88	85	48	79	48	48	51
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	128	102	127	104	125	119	104	91	150	112	172	123	120	302	56	166
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	67	58	65	49	54	41	40	42	50	77	84	104	74	100	120	112
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	11	9	5	2	12	1	4	0	0	0	0	0	0	0	0
Pflegeeinrichtungen	5	1	2	17	2	0	9	7	33	3	20	0	9	8	12	0
Sport, Freizeit	100	51	77	59	64	44	81	51	45	59	66	57	50	25	25	12
Sonstige Empfänger	45	27	56	26	27	59	41	22	33	35	36	24	33	1	3	6
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	711	644	681	551	554	536	673	488	1 092	1 100	1 208	990	1 071	1 227	846	659
<i>I+IV Nachrichtlich: Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	697	610	650	514	512	497	568	461	898	834	953	810	795	1 114	619	573

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Tabelle A13:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2002 nach Bundesländern (einschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer									Neue Flächenländer				Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	306	309	256	215	194	196	225	216	602	474	414	522	463	681	400	221
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	49	65	16	30	11	38	20	18	56	126	52	69	91	0	2	2
Bergbau	0	0	0	0	31	0	8	0	22	0	12	14	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	3	0	0	0	23	0	20	0	0	0	0	9	7
Verkehr	118	121	131	111	90	103	97	99	241	179	185	188	164	266	118	123
Wohnungsvermietung	29	13	21	12	26	17	22	6	177	76	89	135	92	395	54	75
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	45	59	42	16	3	5	16	34	11	27	33	60	47	0	17	7
Fremdenverkehr, Bäder	38	20	17	23	10	13	25	17	4	5	3	16	15	0	7	0
Sonstige Sektoren	27	30	29	19	23	20	37	19	92	41	40	39	54	19	193	5
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	31	23	53	60	63	38	55	71	58	78	67	81	54	102	116	193
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	11	36	27	35	39	33	87	21	206	254	226	194	302	123	199	99
Regionalpolitik, Strukturpolitik	1	17	6	18	13	8	57	7	135	152	115	101	153	41	42	0
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0	0	8	1	3	1	1	2	1	1	22	12	10	2	11	4
Beschäftigungspolitik	3	6	4	8	16	15	17	6	54	65	13	32	97	33	65	67
Förderung von Qualifikation	4	3	6	1	3	3	6	3	8	23	62	24	12	15	9	17
Förderung von Innovationen etc.	1	3	2	4	1	3	0	3	4	1	4	22	22	1	10	1
Mittelstandsförderung	1	3	0	0	1	1	4	1	1	0	10	3	1	1	14	1
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	2	6	0	0	5	0	12	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	2	3	0	2	2	3	2	1	0	7	0	0	1	30	36	10
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	318	345	283	250	233	228	312	237	808	728	640	716	765	804	599	320
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	471	445	447	354	367	342	347	289	445	444	534	511	462	553	470	525
Krankenhäuser	64	114	75	52	50	30	58	40	73	101	89	102	100	85	51	93
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	132	105	127	111	118	121	102	88	161	109	178	130	123	308	58	182
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	78	79	77	52	58	45	44	54	55	80	91	119	84	109	135	107
Staatsforsten	6	9	6	4	2	15	5	4	36	23	15	14	3	4	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	12	11	10	5	2	11	1	4	6	8	10	7	8	7	0	0
Pflegeeinrichtungen	4	1	2	17	2	0	9	6	20	4	30	32	17	9	11	1
Sport, Freizeit	105	57	77	59	60	59	75	50	50	58	60	63	57	28	30	17
Sonstige Empfänger	70	71	74	53	76	61	53	43	44	59	62	46	69	2	185	125
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	789	791	730	604	600	570	659	526	1 253	1 172	1 174	1 228	1 227	1 357	1 069	845
<i>I+IV Nachrichtlich: Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	777	754	703	569	561	538	572	505	1 047	918	948	1 034	926	1 234	870	746

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Tabelle A14:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2002 nach Bundesländern (ausschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer										Neue Flächenländer				Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH	
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	303	304	254	210	193	186	225	206	551	463	404	485	463	673	400	220	
Land- und Forstwirtschaft,																	
Fischerei	49	61	16	30	10	33	20	15	56	126	48	53	91	0	2	2	
Bergbau	0	0	0	0	31	0	8	0	22	0	12	14	0	0	0	0	
Schiffbau	0	0	0	3	0	0	0	23	0	20	0	0	0	0	9	7	
Verkehr	118	121	131	111	90	103	97	99	240	179	185	188	164	266	118	123	
Wohnungsvermietung	29	13	21	12	26	17	22	6	177	76	89	118	92	390	54	75	
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	42	59	42	11	3	5	16	32	11	23	33	56	47	0	17	7	
Fremdenverkehr, Bäder	38	20	17	23	10	13	25	17	4	5	3	16	15	0	7	0	
Sonstige Sektoren	27	28	26	19	23	16	37	14	41	34	33	39	54	17	193	5	
<i>Nachrichtlich:</i>																	
Wohngeld	31	23	53	60	63	38	55	71	58	78	67	81	54	102	116	193	
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	11	35	27	35	39	33	87	21	206	254	226	194	302	107	196	95	
Regionalpolitik, Strukturpolitik	1	17	6	18	13	8	57	7	135	152	115	101	153	41	42	0	
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0	0	8	1	3	1	1	2	1	1	22	12	10	2	11	4	
Beschäftigungspolitik	3	6	4	8	16	15	17	6	54	65	13	32	97	33	65	67	
Förderung von Qualifikation	4	3	6	1	3	3	6	3	8	23	62	24	12	15	9	17	
Förderung von Innovationen etc.	1	3	2	4	1	3	0	3	4	1	4	22	22	1	10	1	
Mittelstandsförderung	1	3	0	0	1	1	4	1	1	0	10	3	1	1	14	1	
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	2	6	0	0	5	0	12	0	
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	2	2	0	2	2	3	2	1	0	7	0	0	1	14	33	6	
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	315	339	281	245	232	219	312	228	757	717	629	679	765	781	596	315	
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	422	358	399	312	301	300	309	242	389	378	464	437	406	527	287	376	
Krankenhäuser	54	95	63	45	42	26	40	32	73	95	80	74	94	73	51	65	
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	132	105	127	111	118	121	102	88	161	109	178	130	123	308	58	182	
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	69	61	66	48	51	39	43	41	52	77	80	112	80	106	133	105	
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Kirchen, Religionsgemeinschaften	12	11	9	5	2	11	1	4	0	0	0	0	0	0	0	0	
Pflegeeinrichtungen	4	1	2	17	2	0	9	6	20	4	30	32	17	9	11	1	
Sport, Freizeit	105	57	77	59	60	44	75	50	50	58	60	63	57	28	30	17	
Sonstige Empfänger	47	29	55	26	27	59	39	22	33	34	36	25	35	2	3	6	
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	736	697	680	557	533	519	621	469	1 145	1 095	1 093	1 116	1 171	1 307	883	690	
<i>I+IV Nachrichtlich: Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	725	662	653	522	494	486	534	448	940	841	867	922	869	1 200	687	596	

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Tabelle A15:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2001 nach Bundesländern (einschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer									Neue Flächenländer				Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	296	276	259	206	234	213	297	212	503	455	430	478	477	684	423	224
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	44	53	17	32	12	43	19	18	21	97	54	58	87	0	2	2
Bergbau	0	0	0	0	33	0	13	0	23	0	10	14	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	6	0	0	0	10	0	18	0	0	0	0	17	5
Verkehr	88	112	124	88	110	105	141	96	211	150	180	172	171	242	109	110
Wohnungsvermietung	28	12	26	14	28	22	27	13	171	85	99	139	90	411	57	84
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	41	57	42	19	18	4	15	37	15	36	25	33	55	0	18	11
Fremdenverkehr, Bäder	22	15	16	21	12	16	53	21	24	26	19	18	17	1	10	0
Sonstige Sektoren	75	27	35	25	23	23	29	18	37	44	43	45	58	31	211	11
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	27	24	41	54	54	34	57	63	56	71	63	65	52	88	106	178
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	14	30	26	30	54	42	100	30	208	262	260	228	324	140	179	99
Regionalpolitik, Strukturpolitik	6	17	9	14	28	9	58	11	135	134	143	132	181	49	22	0
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0	0	8	1	4	1	4	1	2	4	22	10	10	4	14	4
Beschäftigungspolitik	3	2	2	8	13	15	25	11	48	86	19	39	93	32	65	62
Förderung von Qualifikation	2	2	4	1	2	3	3	2	9	27	70	17	13	15	7	16
Förderung von Innovationen etc.	1	3	2	4	3	3	3	4	2	1	5	27	20	5	11	1
Mittelstandsförderung	0	3	0	0	2	5	5	1	3	0	1	3	1	2	14	1
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	2	6	0	0	5	0	14	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	1	3	0	2	3	6	2	1	5	4	0	0	2	35	32	14
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	311	306	285	236	289	255	396	242	711	717	691	706	802	825	602	322
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	426	430	425	365	366	347	374	306	441	437	531	479	477	547	455	506
Krankenhäuser	63	106	64	59	57	43	88	61	69	94	84	99	105	87	48	72
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	111	101	117	114	115	118	102	87	161	108	170	109	124	301	49	164
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	69	76	64	53	56	49	46	44	60	83	89	117	82	115	124	109
Staatsforsten	3	9	9	4	2	11	3	4	37	22	17	12	2	4	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	10	10	5	2	12	1	4	5	8	10	7	8	8	1	0
Pflegeeinrichtungen	1	1	3	18	2	0	11	6	25	6	33	30	26	0	10	1
Sport, Freizeit	101	58	78	57	58	55	70	47	48	55	65	60	64	31	23	17
Sonstige Empfänger	68	70	82	56	76	60	53	52	35	61	62	45	66	2	199	143
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	737	736	710	601	655	602	771	549	1 152	1 154	1 222	1 185	1 279	1 371	1 057	828
<i>I+IV Nachrichtlich: Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	723	705	684	571	601	560	671	518	944	893	962	957	955	1 231	878	730

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Tabelle A16:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2001 nach Bundesländern (ausschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung(Euro)

	Alte Flächenländer									Neue Flächenländer				Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	294	272	257	200	234	204	297	207	503	448	421	439	477	666	423	222
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	44	50	17	32	11	39	19	18	21	97	50	42	87	0	2	2
Bergbau	0	0	0	0	33	0	13	0	23	0	10	14	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	6	0	0	0	10	0	18	0	0	0	0	17	5
Verkehr	88	112	124	88	110	105	141	95	211	150	180	172	171	240	109	110
Wohnungsvermietung	28	12	26	14	28	22	27	13	171	85	99	117	89	404	57	84
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	38	57	42	13	18	4	15	36	15	34	25	33	55	0	18	11
Fremdenverkehr, Bäder	22	15	16	21	12	16	53	21	24	26	19	18	17	1	10	0
Sonstige Sektoren	75	25	33	25	23	18	29	15	37	39	37	44	58	21	211	10
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	27	24	41	54	54	34	57	63	56	71	63	65	52	88	106	178
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	14	29	26	30	54	42	100	30	208	262	260	228	324	125	177	91
Regionalpolitik, Strukturpolitik	6	17	9	14	28	9	58	11	135	134	143	132	181	49	22	0
Umwelt, rationelle Energieverwendung	0	0	8	1	4	1	4	1	2	4	22	10	10	4	14	4
Beschäftigungspolitik	3	2	2	8	13	15	25	11	48	86	19	39	93	32	65	62
Förderung von Qualifikation	2	2	4	1	2	3	3	2	9	27	70	17	13	15	7	16
Förderung von Innovationen etc.	1	3	2	4	3	3	3	4	2	1	5	27	20	5	11	1
Mittelstandsförderung	0	3	0	0	2	5	5	1	3	0	1	3	1	2	14	1
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	2	6	0	0	5	0	14	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	1	2	0	2	3	6	2	1	5	4	0	0	2	19	30	7
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	309	301	283	230	288	246	396	237	711	710	681	667	801	791	600	314
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	386	353	372	319	295	308	336	266	383	364	463	403	428	518	260	345
Krankenhäuser	56	93	54	52	42	40	72	55	69	84	80	70	103	73	48	50
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	111	101	117	114	115	118	102	87	161	108	170	109	124	301	49	164
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	61	60	55	46	49	41	43	41	57	78	81	109	79	112	123	108
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	10	10	5	2	12	1	4	0	0	0	1	0	0	1	0
Pflegeeinrichtungen	1	1	3	18	2	0	11	6	25	6	33	30	26	0	10	1
Sport, Freizeit	101	58	78	57	58	43	70	47	48	55	65	60	64	31	23	17
Sonstige Empfänger	45	30	56	27	27	55	39	25	23	32	34	24	32	2	4	6
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	695	654	655	549	583	555	732	503	1 094	1 074	1 145	1 070	1 230	1 309	860	659
<i>I+IV Nachrichtlich: Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	680	625	629	519	529	513	633	473	886	812	884	842	905	1 184	683	568

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Tabelle A17:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2000 nach Bundesländern (einschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung(Euro)

	Alte Flächenländer									Neue Flächenländer				Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	279	278	261	208	227	204	214	204	541	433	431	542	483	713	440	242
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	46	60	16	23	10	43	16	17	52	101	52	58	49	0	3	2
Bergbau	0	0	0	0	37	0	12	0	25	0	13	15	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	4	0	0	0	7	0	2	0	0	0	0	21	5
Verkehr	111	103	121	106	106	100	96	97	198	158	182	157	178	277	107	118
Wohnungsvermietung	31	10	28	14	30	21	26	13	177	90	89	231	121	414	67	93
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	43	63	43	21	17	3	12	31	16	24	32	22	57	0	25	12
Fremdenverkehr, Bäder	17	15	17	23	10	19	20	20	27	23	20	17	15	1	10	0
Sonstige Sektoren	31	27	36	18	17	17	31	19	45	37	42	42	64	21	207	12
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	23	19	40	44	48	29	50	52	48	65	59	58	46	76	95	161
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	16	47	23	30	49	48	89	25	224	298	294	242	295	167	212	104
Regionalpolitik, Strukturpolitik	8	19	7	10	23	13	56	7	127	170	171	150	153	75	29	0
Umwelt, rationelle Energieverwendung	1	0	7	3	4	1	1	1	2	11	33	0	9	6	28	3
Beschäftigungspolitik	2	3	4	9	13	16	19	8	72	77	22	49	84	22	70	73
Förderung von Qualifikation	2	1	4	0	2	3	6	4	11	28	58	18	14	15	5	12
Förderung von Innovationen etc.	1	4	0	4	3	4	2	4	3	0	5	20	25	13	11	0
Mittelstandsförderung	1	4	0	1	1	5	4	0	2	2	3	5	1	2	12	1
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	2	6	0	0	6	0	7	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	2	17	0	4	2	5	1	2	5	4	0	0	1	35	49	15
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	295	326	284	238	275	252	303	229	765	732	724	784	778	880	652	346
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	438	421	410	347	348	340	350	306	457	441	523	401	454	543	373	478
Krankenhäuser	57	107	65	48	45	43	65	65	71	100	84	42	116	78	54	97
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	121	97	114	115	112	113	96	84	168	105	162	117	92	297	51	174
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	72	73	64	49	53	47	48	45	67	90	88	112	74	118	119	102
Staatsforsten	15	8	10	3	2	10	5	4	33	23	17	12	2	3	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	10	8	5	2	11	1	4	5	8	10	6	8	7	1	0
Pflegeeinrichtungen	5	1	3	18	2	0	8	6	27	4	39	0	36	11	11	1
Sport, Freizeit	95	58	72	55	57	53	74	47	53	51	64	65	64	26	20	15
Sonstige Empfänger	63	66	75	54	76	62	54	50	33	58	60	48	61	1	117	89
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	733	746	695	585	624	592	653	535	1 222	1 172	1 248	1 185	1 232	1 423	1 025	824
<i>I+IV Nachrichtlich:</i>																
<i>Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	717	699	672	554	575	544	564	510	998	874	954	943	937	1257	813	720

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Tabelle A18:

Finanzhilfen je Einwohner im Jahr 2000 nach Bundesländern (ausschließlich Grenzfälle) in sektoraler Gliederung (Euro)

	Alte Flächenländer									Neue Flächenländer				Stadtstaaten		
	BW	BY	HS	NS	NW	RP	SA	SH	BR	MV	S-A	SA	TH	BL	HB	HH
<i>I Sektorspezifische Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	277	274	258	203	226	193	214	200	530	423	422	509	481	704	440	241
Land- und Forstwirtschaft,																
Fischerei	46	57	16	22	9	39	16	17	52	101	48	45	49	0	3	2
Bergbau	0	0	0	0	37	0	12	0	25	0	13	15	0	0	0	0
Schiffbau	0	0	0	4	0	0	0	7	0	2	0	0	0	0	21	5
Verkehr	111	103	121	106	106	100	96	97	198	158	181	157	178	277	107	118
Wohnungsvermietung	31	10	28	14	30	21	26	13	177	90	89	213	120	406	67	93
Luft- und Raumfahrzeugbau	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wasserver- und -entsorgung, Abfall	41	63	43	15	17	3	12	29	16	21	32	22	57	0	25	12
Fremdenverkehr, Bäder	17	15	17	23	10	19	20	20	27	23	20	17	15	1	10	0
Sonstige Sektoren	31	26	33	18	17	11	31	17	34	29	38	41	63	20	206	11
<i>Nachrichtlich:</i>																
Wohngeld	23	19	40	44	48	29	50	52	48	65	59	58	46	76	95	161
<i>II Branchenübergreifende Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen</i>	16	46	23	30	49	48	89	25	224	298	294	242	295	156	209	97
Regionalpolitik, Strukturpolitik	8	19	7	10	23	13	56	7	127	170	171	150	153	75	29	0
Umwelt, rationelle Energieverwendung	1	0	7	3	4	1	1	1	2	11	33	0	9	6	28	3
Beschäftigungspolitik	2	3	4	9	13	16	19	8	72	77	22	49	84	22	70	73
Förderung von Qualifikation	2	1	4	0	2	3	6	4	11	28	58	18	14	15	5	12
Förderung von Innovationen etc.	1	4	0	4	3	4	2	4	3	0	5	20	25	13	11	0
Mittelstandsförderung	1	4	0	1	1	5	4	0	2	2	3	5	1	2	12	1
Investitionsförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	2	6	0	0	6	0	7	0
Förderung sonstiger Unternehmensfunktionen	2	16	0	4	2	5	1	2	5	4	0	0	1	24	46	8
<i>III Finanzhilfen zugunsten von Unternehmen insgesamt</i>	293	320	281	233	275	242	303	225	754	721	716	751	776	860	649	337
<i>IV Finanzhilfen an (halb-) staatliche Dienstleister</i>	388	345	365	307	290	297	306	265	402	358	455	338	404	511	259	363
Krankenhäuser	51	94	58	46	45	41	46	57	71	82	77	29	113	60	54	65
Kindertagesstätten, Kinderkrippen	121	97	114	115	112	113	96	84	168	105	162	117	92	297	51	174
Theater, Museen, sonstige Kulturanbieter	64	57	58	42	46	38	44	41	64	86	80	100	71	115	117	100
Staatsforsten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kirchen, Religionsgemeinschaften	11	10	8	5	2	11	1	4	0	0	0	1	0	0	1	0
Pflegeeinrichtungen	5	1	3	18	2	0	8	6	27	4	39	0	36	11	11	1
Sport, Freizeit	95	58	72	55	57	40	74	47	53	51	64	65	64	26	20	15
Sonstige Empfänger	42	28	52	26	26	53	38	26	20	30	33	26	28	1	4	7
<i>V Finanzhilfen insgesamt</i>	681	666	646	540	564	538	608	490	1 157	1 080	1 171	1 089	1 181	1 371	908	700
<i>I+IV Nachrichtlich: Sektorspezifische Finanzhilfen insgesamt</i>	665	619	623	509	516	490	520	465	933	781	877	847	886	1 215	699	603

Quelle: Haushaltspläne der Länder (lfd. Jgg.); Haushaltsrechnungen der Länder (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2 (lfd. Jgg.); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005); eigene Berechnungen.

Literaturverzeichnis

- Andel, N. (1998). *Finanzwissenschaft*. Tübingen: Mohr.
- Berthold, N., S. Drews und E. Thode (2001). Die föderale Ordnung in Deutschland – Motor oder Bremse des wirtschaftlichen Wachstums? *Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik*. Nr. 42. Würzburg.
- Blankart, C.B. (2003). *Öffentliche Finanzen in der Demokratie. Eine Einführung in die Finanzwissenschaft*. München: Vahlen.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2003). *Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Finanzhilfen des Bundes und der Steuervergünstigungen für die Jahre 2001–2004 (Neunzehnter Subventionsbericht)*. Berlin.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2002). Subventionen in Deutschland: Quantifizierung und finanzpolitische Bewertung. *Kieler Diskussionsbeiträge* 392/393. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bundeswaldgesetz* (2001). Abgerufen am 5. Mai 2005 via Internet <<http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/bwaldg/>>.
- Deutsche Bundesbank (2000). Die Entwicklung der Subventionen seit Beginn der neunziger Jahre. *Monatsbericht* 52 (12): 15–29.
- Finanzbehörde Freie und Hansestadt Hamburg (2005). Dokumentation der Zuwendungen im Finanzbericht 2005/2006. Abgerufen am 3. Mai 2005 via Internet, <<http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/finanzbehoerde/haushalt/haushalt-2005-06/finanzbericht-2005,property=source.pdf>>.
- Finanzministerium Baden-Württemberg (ohne Erscheinungsdatum). Bericht über die Finanzhilfen des Landes Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2001–2003. Abgerufen am 3. Mai 2005 via Internet <<http://www.finanzministerium.baden-wuerttemberg.de/sixcms/media.php/797/subventionstext0103.pdf>>.
- Finanzministerium des Landes Hessen (2005). *Vierzehnter Subventionsbericht*. Wiesbaden.
- Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2004). Zweiter Förderbericht des Landes Nordrhein-Westfalen. Abgerufen am 3. Mai 2005 via Internet <<http://www.fm.nrw.de/cgi-bin/fm/custom/pub/visit.cgi?lang=1&ticket=guest&oid=11>>.
- Haushaltspläne der Bundesländer für die Haushaltsjahre 2003 und 2004*. Verschiedene Orte.
- Haushaltsrechnungen der Bundesländer für die Haushaltsjahre 2000, 2001 und 2002*. Verschiedene Orte.
- Heitger, B. (1998). *Wachstums- und Beschäftigungseffekte einer Rückführung öffentlicher Ausgaben: eine empirische Analyse für die OECD-Länder*. Kieler Studien 291. Tübingen: Mohr.
- Klodt, H. (1995). *Grundlagen der Forschungs- und Technologiepolitik*. München: Vahlen.
- Laaser, C.F. (1991). *Wettbewerb im Verkehrswesen. Chancen für eine Deregulierung in der Bundesrepublik*. Kieler Studien 236. Tübingen: Mohr.
- Laaser, C.F., und A. Rosenschon (2001). Verkehrsspezifische Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften in Deutschland – eine empirische Analyse. *Kieler Arbeitspapiere* 1039. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz (2003). Bericht der Landesregierung über die Finanzhilfen im Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2000–2003. Zugriff am 3. Mai 2005 via Internet <http://www.fm.rlp.de/Finanzen/fr_Finanzen.htm>.
- Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt (2004). Landessubventionsbericht 2000–2004 für das Land Sachsen-Anhalt (Erster Subventionsbericht). Abgerufen am 3. Mai 2005 via Internet <<http://www.sachsen-anhalt.de/pdf/pdf23287.pdf>>.
- Niedersächsisches Finanzministerium (ohne Erscheinungsdatum). Subventionen und Zuwendungen des Landes Niedersachsen 2003–2007 (Sechster Subventionsbericht). Abgerufen am 3. Mai 2005 via Internet <http://www.mf.niedersachsen.de/master/C25204_N10438_L20_D0_I617.html>.

- Rosenschon, A. (1997). Finanzhilfen der Bundesländer. Kieler Diskussionsbeiträge 293. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Rosenschon, A. (2002). Finanzhilfen der Bundesländer: Eine Aktualisierung. Kieler Arbeitspapiere 1127. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Der Senator für Finanzen, Freie Hansestadt Bremen (2004). Zuwendungsbericht über das Jahr 2003. Abgerufen am 3. Mai 2005 via Internet <<http://www2.bremen.de/info/sff/Kap3/pdf/Zuwendungsbericht2003.pdf>>.
- Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin (ohne Erscheinungsdatum). Bericht über die Finanzhilfen der Jahre 2001–2003. Abgerufen am 2. Mai 2005 via Internet <<http://www.berlin.de/SenFin/Haushalt/finanzhilfen01-03.html>>.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2005). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, 1991–2004; Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995, 1991–2004; Einwohner, 1991–2204*. Stuttgart. Abgerufen am 2. Mai 2005 via Internet <<http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis%5FVGR/>>.
- Statistisches Bundesamt (2001). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen, Hauptbericht 2000*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 14: Finanzen und Steuern. Reihe 2: Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 14: Finanzen und Steuern. Reihe 3.3: Rechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte*. Stuttgart. [Hierbei ist die weitere Differenzierung der Aufgabenbereichsgliederung vom Statistischen Bundesamt auf Anfrage und gegen Gebühr zur Verfügung gestellt worden.]
- Thüringer Finanzministerium (ohne Erscheinungsdatum). Zweiter Subventionsbericht – Finanzhilfen in den Jahren 2000–2001. Abgerufen am 3. Mai 2005 via Internet <<http://www.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload599.pdf>>.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

414. Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland bleibt schwach
Christophe Kamps, Carsten-Patrick Meier und Frank Oskamp
Kiel, September 2004. 23 S., 9 Euro.
415. Euroland: Recovery Will Slow Down
Joachim Benner, Kai Carstensen, Klaus-Jürgen Gern, Frank Oskamp, and Joachim Scheide
Kiel, Oktober 2004. 20 S., 9 Euro.
- 416./417. Raumstruktur im Internetzeitalter: Tod der Distanz? Eine empirische Analyse
Dirk Dohse, Claus-Friedrich Laaser, Jörg-Volker Schrader und Rüdiger Soltwedel
Kiel, Januar 2005. 70 S., 18 Euro.
418. Schleswig-Holstein auf den Weltmärkten: Exporterfolge auf schmalem Fundament
Klaus Schrader und Claus-Friedrich Laaser
Kiel, Februar 2005. 36 S., 9 Euro.
419. Now So Near, and Yet Still So Far: Economic Relations between Ukraine and the European Union
Lúcio Vinhas de Souza, Rainer Schweickert, Veronika Movchan, Olena Bilan, and Igor Burakovsky
Kiel, April 2005. 38 S., 9 Euro.
420. Low-Speed Recovery in Euroland
Joachim Benner, Klaus-Jürgen Gern, Carsten-Patrick Meier, and Joachim Scheide
Kiel, April 2005. 22 S., 9 Euro.
421. Anreizprobleme bei Hartz IV: Lieber ALG II statt Arbeit?
Alfred Boss, Björn Christensen und Klaus Schrader
Kiel, Juli 2005, 29 S., 9 Euro.
422. Finanzhilfen der Bundesländer in den Jahren 2000–2004: Eine empirische Analyse
Astrid Rosenschon
Kiel, August 2005. 9 Euro.

Die Diskussionsbeiträge in englischer Sprache erscheinen seit Juni 2005 als Kiel Economic Policy Papers. Mehr Informationen über Publikationen des IfW unter <http://www.ifw-kiel.de/pub/pub.htm>